# Öffentliches Gesetzbuch (ÖGB)

## §1 Beamte in den Diensten des Staates

### Abs.1: Als Beamte gelten alle Bürger, die im öffentlichen Dienst tätig und direkt vom Staat Los Santos angestellt sind (z.B. Beamte verschiedener Police Departments, Beamte des Justice Department…). Nicht als Beamte gelten Personen, welche zwar in den Diensten des Staates stehen, allerdings bei Organisationen, die nicht direkt dem Staat unterstehen, angestellt sind (z.B. Angestellte lokaler Krankenhäuser).

### Abs.2:Als Vollstreckungsbeamte gelten alle Beamten, die aktiv an der Vollstreckung von gültigem Recht teilhaben.

### **Abs.3:** Beamte stehen stets in der Pflicht einen gültigen Dienstausweis bei sich zu tragen. Beamte unterstehen der Ausweispflicht (nach §1 Abs. 2 ÖGB).

### **Abs.4:** Ein Beamter außerhalb seines Dienstes ist wie jeder normale Bürger zu behandeln, jegliche Sonderrechte erlöschen mit Verlassen des aktiven Dienstes.

### **Abs.5:** Eine Amtspflichtverletzung liegt vor, wenn der Beamte eine ihm obliegende Pflicht, die sich aus seinem amtlichen Verhältnis zum Staat ergibt, verletzt.

## §2 Dienstausweise

### **Abs.1:** Dienstausweise dienen zur Identifizierung von Beamten. Dienstausweise müssen Informationen enthalten, die es ermöglichen die Identität des Beamten festzustellen. Vorgeschrieben hierbei sind: Der Name oder die Dienstnummer des Beamten (wobei die Dienstnummer im Register der Behörde einzigartig sein muss), das Geburtsdatum des Beamten, sowie die Behörde und die Abteilung, die den Beamten beschäftigt.

### **Abs.2:** Beamte sind stets dazu verpflichtet sich gegenüber Bürgern auszuweisen. Dies muss durch den Dienstausweis (nach §1 Abs. 3 ÖGB) geschehen. Die Ausweisung durch einen einfachen Personalausweis ist zwar nicht verboten, aber auch nicht ausreichend um diesen Paragrafen ausreichend zu erfüllen.

### **Abs.3:** Sobald Beamte der Exekutive oder Judikative den Dienst antreten und somit ihren Dienstausweis erhalten, ersetzt der Dienstausweis sämtliche zum Dienst benötigten Lizenzen. Dieses Recht erlischt gemäß § 1 Abs. 4 ÖGB nach Verlassen des Dienstes.

## §3 Bürger des Staates

### **Abs.1:** Alle Personen, die eine gültige Aufenthaltsgenehmigung haben, werden Bürger genannt. Bürger bekommen zur Identifizierung einen Ausweis bei der Einreise.

### **Abs.2:** Auf Verlangen eines Beamten der Exekutiven oder der Judikativen ist der Bürger gemäß §1 Abs. 1 verpflichtet, seinen Ausweis und alle anderen geforderten Dokumente vorzuzeigen.

## §4 Umgang mit Recht und Beamten

### **Abs.1:** Bürger sind stets dazu verpflichtet sich an geltendes Recht zu halten und Verstöße entsprechenden Behörden umgehend zu melden.

### **Abs.2:** Bürger sind dazu verpflichtet den Anweisungen von Beamten Folge zu leisten, vorausgesetzt das Ausführen der Anweisung verstößt nicht gegen geltendes Recht (sollte solch eine Anweisung dennoch ausgeführt werden, so ist sowohl der Beamte als auch der Ausführende dementsprechend zu belangen).

### **Abs.3:** Bürger sind stets dazu verpflichtet Dokumente mit sich zu führen, welche eine Identifikation ermöglichen. Diese Dokumente müssen durch den Staat San Andreas oder durch einen der anderen Staaten dieser Welt ausgestellt worden sein. Ebenfalls muss dieses Dokument Informationen enthalten, welche den Bürger eindeutig identifizieren, dabei ist zwingend vorgeschrieben: Der Name sowie das Geburtsdatum der Person.

## §5 Vermummungsverbot

### **Abs.1:** Das Gesicht eines Bürgers muss zur Identitätsfeststellung immer frei sichtbar und darf nicht durch Kleidungsstücke und/oder Masken bedeckt sein.

## §6 Existenzminimum

### **Abs.1:** Jedem Bürger des Staates ist bei der Verhängung und Vollstreckung einer Geldstrafe ein Existenzminimum von $ 3.000 zu belassen. (Dazu zählt Konto und Geldbeutel)

## §7 Allgemeines

### **Abs.1:** Personen, welche einen Beruf in einer staatlichen Fraktion ausüben wollen, müssen durch diese einen Dienstausweis ausgestellt bekommen. Dieser berechtigt die Ausübung des Dienstes der jeweiligen Fraktion.

### **Abs.2:** Im Staat Los Santos herrscht Gewaltenteilung, die Exekutive wird durch das Rockford Police Department übernommen, die Legislative und Judikative durch das Department of Justice.

### **Abs.3:** Kann die Judikative nicht durch das Department of Justice übernommen werden, so ist die Exekutive berechtigt, die Judikative zu vertreten.

## §8 Anwaltskammer

### **Abs.1:** Die Anwaltskammer vertritt die Interessen der freien Juristen des Staates Los Santos, welche die Bürger in Rechtsfragen und -tätigkeiten zu unterstützen.

### **Abs.2:** Diese benötigen zum Ausüben dieses Berufes eine Lizenz, die durch die Anwaltskammer ausgestellt wird. Hierzu ist ein Antrag auf Zulassung gegenüber der Anwaltskammer zu stellen.

### **Abs.3:** Sollte über den Antrag positiv entschieden werden, so prüft die Anwaltskammer das Fachwissen der freien Juristen durch einen schriftlichen Test. Nach erfolgreichem Bestehen wird eine Prüfungs- und Aufnahmegebühr von $10.000 fällig.

### **Abs.4:** Sollte ein freier Jurist strafrechtlich in Erscheinung treten, obliegt die Entziehung der Lizenz der Anwaltskammer. Sollte diese nicht antreffbar sein, so kann die Leitung der Justiz diese vorläufig bis zur Klärung des Sachverhaltes entziehen.

### **Abs.5:** Die Entziehung der Lizenz kann auf begrenzter Dauer festgelegt werden. Zur unbegrenzten, dauerhaften Entziehung der Lizenz müssen schwerwiegende Gründe vorliegen.

## §9 temporäre Sicherheitsverwahrung

### **Abs.1:** Psychologen und leitende Ärzte des Mount Zonah Medical Center sind bei einer diagnostizierten Gefahr für die Sicherheit eines Einzelnen oder der Öffentlichkeit dazu befugt, Patienten im Rahmen der Behandlung für 24 Stunden in Sicherheitsverwahrung zu bringen.

### **Abs.2:** Richter des Department of Justice sind berechtigt, im begründeten Fall, Personen für 24 Stunden in Sicherheitsverwahrung nehmen zu lassen.

### **Abs.3:** Zwischen zwei oder mehreren Sicherheitsverwahrungen besteht kein Anspruch auf eine Freilassung.

# Straßenverkehrsordnung (StVO)

## §1 Grundlagen

### **Abs. 1:** Fahrzeuge sind motorbetriebene Verkehrsmittel, die dem Transport von Personen, Gütern oder Werkzeugen dienen.

### **Abs. 2:** Das Führen eines Fahrzeuges jeglicher Art setzt den Besitz einer für die jeweilige Fahrzeugklasse vorgeschriebenen Fahrerlaubnis voraus. Der Führerschein ist stets bei sich zu führen.

#### **1.** Motorrad-Führerschein: Zweiräder

#### **2.** Auto-Führerschein: PKW (Ladeflächengröße bis inklusive Sprinter)

#### **3.** LKW-Führerschein: LKW (Ladeflächengröße ab exklusive Sprinter)

### **Abs. 3:** Jedes Fahrzeug ist innerhalb einer Stunde nach Erwerb beim örtlichen Police Department mit einem gültigen Kennzeichen zu registrieren. Davon ausgenommen Luftfahrzeuge. Das einzigartige Kennzeichen ist so zu gestalten, dass es gut lesbar und sichtbar am Fahrzeug ist und Verwechslungen ausgeschlossen sind.

### **Abs. 4:** Die Straßenverkehrsordnung regelt den Verkehr im gesamten Hoheitsgebiet des Staates Los Santos.

### **Abs.5:** Polizeibeamte des Staates Los Santos sind berechtigt einem Bürger temporär die Fahrerlaubnis zu entziehen. Dieses kann maximal bis zu einer Dauer von 1 Woche geschehen.

## §2 Fahrereigenschaft

### **Abs. 1:** Eine Person gilt als Fahrer eines Fahrzeuges, sobald:

#### 1. der Motor des Fahrzeuges gestartet wurde,

#### 2. das Fahrzeug nicht mehr durch entsprechende Sicherung auf der Stelle gehalten wird und

#### 3. das Fahrzeug sich in einer aktiven Vor- oder Rückwärtsbewegung befindet. Ausnahmen gelten entsprechend §3 Abs. 2 StVO. Wasserfahrzeuge, welche nur durch Strömung, Wellengang, o. ä. in Bewegung gesetzt werden, gelten nicht als fahrend. Für Luftfahrzeuge gelten dieselben Regelungen wie in § 1 StVO und §2 StVO entsprechend.

## §3 Fahruntauglichkeit

### **Abs.1:** Eine Person gilt dann als fahruntauglich, wenn sie nicht mehr im Besitz ihrer vollen geistigen und körperlichen Fähigkeiten ist. Das Führen eines Fahrzeuges im fahrtauglichen Zustand ist strafbar.

### **Abs. 2:** Wer ein Kraftfahrzeug über ein Promillewert von 0,5 Promille führt, begeht eine Ordnungswidrigkeit.

### **Abs. 3:** Wer ein Kraftfahrzeug über ein Promillewert von 1.0 Promille führt, begeht eine Straftat.

### **Abs. 4:** Wer ein Kraftfahrzeug unter Drogeneinfluss führt, begeht eine Straftat.

### **Abs. 5:** Polizeibeamte sowie Staatsanwälte und Richter haben bei Vorliegen erheblicher Anhaltspunkte nach Abs.1 das Recht, einem Verkehrsteilnehmer die Fahrtauglichkeit abzusprechen und die Fahrerlaubnis bis zur Vorlage eines medizinischen Gutachtens zu entziehen.

### **Abs.6:** Der permanente Entzug der Fahrerlaubnis ist nur durch Entscheidung eines Richters möglich.

## §4 Verhalten im Straßenverkehr

### **Abs. 1:** Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer am Verkehr teilnimmt hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr als nach den Umständen vermeidbar, behindert oder belästigt wird.

### **Abs. 2:** Nähert sich ein Einsatzfahrzeug, welches auch dementsprechend im Einsatz (siehe **§9 StVO**) ist, so ist diesem Einsatzfahrzeug der Weg freizumachen, um dem Einsatzfahrzeug eine ungehinderte Weiterfahrt zu ermöglichen.

### **Abs. 3:** Krafträder sowie Wasser- und Luftfahrzeuge haben grundsätzlich Beleuchtungspflicht; im Übrigen gilt die allgemeine Beleuchtungspflicht, sobald die Dämmerung einsetzt oder die Sichtverhältnisse ein sicheres Fahren ohne Beleuchtung nicht ermöglichen.

### **Abs. 4:** Das Parken eines Fahrzeuges aller Klassen ist nur in dafür vorgesehen und markierten Park Bereichen erlaubt. Das Halten an roten Bordsteinen ist maximal 3 Minuten gestattet.

### **Abs. 5:**  Das Halten und Parken ist grundsätzlich verboten, an roten Bordsteinen, an Kreuzungen, vor gekennzeichneten Ein- und Ausfahrten, auf Gehwegen und auf Highways/Freeways.

### **Abs. 6:** Ein Fahrzeug gilt dann als geparkt, sobald es länger als 3 Minuten hält oder der Fahrer einen Umkreis von 15 Metern um das Fahrzeug verlässt.

### **Abs. 7:** Für Lastkraftwagen jeglicher Art gilt außerhalb von Ortschaften/Städten und auf Highways/Freeways ein striktes Überholverbot.

## §5 Fahrbahn

### Eine Fahrbahn besteht meist aus mehreren Fahrspuren, welche in verschiedene Richtungen führen. Bei zweispurigen Fahrbahnen ist die rechte Fahrspur zu verwenden und die linke Fahrspur für den Gegenverkehr freizuhalten. Bei Fahrbahnen mit mehreren Fahrspuren in eine Richtung sind die in gleiche Richtung führenden Fahrspuren mit gestrichelten Linien voneinander getrennt. Bei den in eine Richtung verlaufenden Fahrspuren ist die Wahl der Fahrspur freigestellt. Die entgegengesetzt verlaufenden Fahrspuren sind deutlich ersichtlich durch doppelte, gelbe, geschlossene Linien, voneinander getrennt. Eine Fahrbahn kann auch aus einer oder mehreren Fahrspuren bestehen, welche allerdings nur in eine Richtung führen. Diese Fahrbahnen dürfen dementsprechend nur in eine Richtung befahren werden und sind entsprechend gekennzeichnet. Die Fahrspur für den Gegenverkehr darf zum Überholen langsamerer Fahrzeuge genutzt werden. Auch darf die entgegengesetzte Fahrspur zum Ausweichen (bspw. an Baustellen) verwendet werden. Diese Ausnahmen sind allerdings nur dann gültig, wenn eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. Ebenfalls sind diese Ausnahmen nur auf Fahrbahnen gültig, welche nur eine Fahrspur für jeweils eine Fahrtrichtung besitzen. Das Fahren abseits der im öffentlichen Navigationssystem eingetragenen Straßen- und Feldwegen ist nicht gestattet und wird als Ordnungswidrigkeit angesehen.

## §6 Verkehrszeichen

### Verkehrszeichen (Schilder, Anweisungen von Beamten) sind stets zu beachten, dabei gilt nach **§ 4**, dass stets der gesunde Menschenverstand einzusetzen ist. Verkehrszeichen haben verschiedene Prioritäten, so stehen die Anweisungen eines Beamten über Verkehrsschildern. (Also veranschaulicht: Beamte > Schilder)

## §7 Verkehrsunfälle

### Sollte es zu einem Verkehrsunfall, egal ob absichtlich oder unabsichtlich, gekommen sein, so sind beide Parteien dazu verpflichtet, falls möglich, die Fahrbahn freizuräumen und sollte es nicht zu einer friedlichen Einigung kommen, die Polizei hinzuzuziehen. Sollte eine Partei den Unfallort vor Klärung der Sachlage verlassen, so ist dies als Fahrerflucht zu werten.

## §8 Richtgeschwindigkeiten

### **Abs. 1:** Innerhalb von Ortschaften gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 60 KM/H. Innerhalb von Städten gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 80 KM/H. Außerhalb von Ortschaften/Städten gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 100 KM/H. Auf Parkplätzen gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 20 Km/h. In Wohngebieten gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 50 km/h. In Industriegebieten gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 70 km/h. Am Meetingpoint / Würfel Park gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 60 km/h. Am LSPD, LSMD, Airports und DoJ gilt eine zugelassene Geschwindigkeit von 50 km/h. Auf Highways/Freeways gilt eine maximale zugelassene Geschwindigkeit von 120 KM/H. Das Überschreiten der maximalen Geschwindigkeiten ist strafbar.

### **Abs. 2:** Highways und Freeways dürfen nur mit Kraftfahrzeugen benutzt werden, deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit mehr als 80 KM/H beträgt.

### **Abs. 3:** Für Lastkraftwagen gilt eine verringerte Höchstgeschwindigkeit außerhalb von Ortschaften/Städten sowie auf Highways/Freeways von 90 KM/H.

## §9 Sonderregelungen

### Notdienste, welche sich im Einsatz befinden, sind dazu berechtigt gegen die StVO zu verstoßen. Diese Verstöße finden auf eigene Verantwortung statt, d.h. Verstöße werden nur dann nicht geahndet, wenn durch den Verstoß kein Sach- und/oder Personenschaden entsteht. Notdienste sind alle staatlichen Organisationen, welchen einen öffentlichen Dienst erfüllen und zum Schutz der Bürger beitragen (bspw. Polizei, Rettung, Feuerwehr). Notdienste im Einsatz müssen durch visuelle und deutlich wahrzunehmende akustische Hinweise erkennbar sein. Der Einsatz eines Notdienstes endet, sobald die Sonderrechte des Notdienstes nicht mehr durch Gefahr im Verzug oder Gefahrenabwehr gerechtfertigt sind. Es gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der kurzzeitige Einsatz von visuellen und/oder akustischen Hinweisen (Sirene und Blaulicht) ist zur Gefahrenabwehr auch außerhalb eines Einsatzes gestattet, Gefahr im Verzug rechtfertigt den Einsatz stets. Einem Beamten der Exekutive ist es in Verfolgung Situationen erlaubt, das Fahrzeug eines Flüchtenden zu beschädigen (sowohl durch Beschuss als auch durch Rammen des Fahrzeugs o. ä.). Voraussetzung dafür ist, dass das entsprechende Vorgehen der Beamten der Exekutive auch zielführend ist. Hierbei ist zuerst abzuwägen, ob das geplante Vorgehen erforderlich ist, oder ob es eine mildere Art des Vorgehens gibt, auch ist abzuwägen, ob das geplante Vorgehen angemessen ist, oder ob die Nachteile der geplanten Maßnahme die Vorteile übersteigen. Es gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Fahrwege/Durchfahrten um das Krankenhaus des Staates Los Santos sind als Rettungswege anzusehen und dürfen nicht zugeparkt werden, ausgenommen sind Einsatzfahrzeuge des Mount Zonah Medical Center, Rockford Police Departments und des LS Fire Department. Widerrechtlich befindliche Fahrzeuge dürfen seitens der Mitarbeiter des Krankenhauses veranlasst werden, dass diese Fahrzeuge auf Kosten des Halters abgeschleppt werden dürfen.

## §10 Haltereigenschaft

### **Abs. 1:** Fahrzeughalter ist in erster Instanz diejenige Person, die zum gegebenen Zeitpunkt ein Kraftfahrzeug in Gebrauch hat und die Verfügungsgewalt über das Fahrzeug besitzt. Dies können auch mehrere Personen zugleich sein. Der Fahrzeughalter ist stets für den Inhalt und die mit dem Fahrzeug begangenen Ordnungswidrigkeiten und/oder Straftaten verantwortlich.

### **Abs. 2:** Kann ein Fahrzeughalter nach §10 Abs. 1 StVO nicht ermittelt werden, so haftet der Eigentümer und die Person auf die das Fahrzeug zugelassen ist. Dem Eigentümer eines Fahrzeugs ist es möglich, die Haftung (Verantwortlichkeit) für das Fahrzeug durch schriftlichen Vertrag zu übergeben.

### **Abs. 3:** Bei einem unangemeldeten Fahrzeug haftet der Fahrer des Fahrzeugs.

## §11 Beschlagnahmte Fahrzeuge

### **Abs. 1:**  Ein Fahrzeug kann von Beamten der Exekutive oder von anderen hierfür von der Exekutive beauftragten Dienstleistungsunternehmen bei Vorliegen von Verstößen gegen die StVO oder zur Abwendung von Gefahrensituationen beschlagnahmt und/oder sichergestellt werden. Beschlagnahmte und/oder sichergestellte Fahrzeuge sind bis zur Auslösung bei den Beamten der Exekutive oder bei anderen von der Exekutive zur Beschlagnahme und/oder Sicherstellung beauftragten Dienstleistungsunternehmen vom Straßenverkehr auszuschließen.

### **Abs. 2:** Das Entwenden von beschlagnahmten und/oder sichergestellten Fahrzeugen von für die Beschlagnahme und/oder Sicherstellung vorgesehenen Orten ist strafbar und wird mit einem Bußgeld sowie eine Freiheitsstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Fahrzeuge, welche berechtigt beschlagnahmt wurden, müssen nach einem angemessenen Zeitraum wieder dem Besitzer des Fahrzeuges ausgehändigt werden. Dies kann bei den Beamten der Exekutive oder anderen von der Exekutive zur Beschlagnahmung und/oder Sicherstellung beauftragten Dienstleistungsunternehmen erfolgen. Bei nicht sachgemäßer begründeter Überschreitung macht sich der Beamte der Exekutive gemäß § 11 Abs.1 StGB bei Verneinung der Herausgabe des Fahrzeuges strafbar.

### **Abs. 4:** Nach Abwägung der zurückliegenden, ergriffenen Maßnahmen gegen ein Fahrzeug und dessen Halters besteht die Möglichkeit, das Fahrzeug dem Rockford Police Department zu überlassen. Dafür müssen grundlegende Anhaltspunkte vorhanden sein (Führerscheinentzug etc.). Diese Entscheidung muss seitens der Leitung des Los Santos Police Department in Zusammenarbeit mit der Leitung des Department of Justice getroffen und nach Abwägung aller ergriffenen Maßnahme und damit verbundenen Ergebnisse als finale Lösung mit dem Halter des Fahrzeuges kommuniziert werden.

## §12 Fahrzeug Beschränkungen

### **Abs. 1:**  Fahrzeuge dürfen eine maximale Höhe von 4,00 m nicht überschreiten.

### **Abs. 2:** Lastkraftwagen und Fahrzeuge, die beim Händler als “Service”-Fahrzeuge gekennzeichnet sind, sind von dieser Regel ausgenommen. Lastkraftwagen sind all jene Lastkraftfahrzeuge, die beim Händler als “LKW” gekennzeichnet sind.

### **Abs. 3:** Fahrzeuge, die für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden (z.B. Traktoren) dürfen eine Höhe von bis zu 4,00 m betragen.

### **Abs. 4:** Die maximale Reifenbreite beträgt 1,00 m.

### **Abs. 5:** Lastkraftwagen und Fahrzeuge, die für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden, dürfen die maximale Reifenbreite von 1,00 m beschreiten.

## §13 Grünflächen

### Grünstreifen und öffentliche Parkanlagen dienen der Verkehrsregelung und Verkehrsberuhigung. Die Pflege und Bewirtschaftung dieser Flächen werden von der öffentlichen Straßenwacht vollzogen. Eine private und/oder geschäftliche Nutzung ist untersagt.

## §14 Tuning

### Das Tuning von Autos, Motorrädern, LKW ist zulässig. Diese gilt nicht für die Färbung der Scheinwerfe in Rot, sowie das Austauschen der Hupe. Diese sind nicht zulässig und strafbar.

# Luftverkehrsordnung (LuftVO)

### Die Luftverkehrsordnung, abgekürzt LuftVO, befasst sich detailliert mit den Gesetzen für die Piloten und den Betrieb jeglicher Luftfahrzeuge in Los Santos.

## § 1 Lizenzen

### Der Pilot muss jederzeit seinen von der Fahr/Flugschule erhaltene Lizenz einem Amtsträger der Exekutive bzw. Judikative bei einer Kontrolle vorzeigen können.

## § 2 Sondergenehmigungen

### Sondergenehmigungen für Landungen von Hubschraubern innerhalb einer Flugverbotszone können in Absprache mit dem LSPD oder der Justiz von Los Santos gestattet werden.

## § 3 Allgemeines

### **Abs. 1:** Die Missachtung der LuftVO kann zu der Entziehung der Fluglizenz führen.

### **Abs. 2:** Die Mindestflughöhe von 328,084Fuß (100 m) muss eingehalten werden.

### **Abs. 3:** Über dem Stadtgebiet Los Santos, dem Staatsgefängnis und der Militärbasis herrscht eine Flugverbotszone. Das Missachten der Flugverbotszone über dem Staatsgefängnis kann zum Beschuss seitens des Militärs oder der Exekutive führen.

### **Abs. 4:** Die Exekutive kann kurzfristig und zeitabhängig weitere Flugverbotszonen bestimmen, die nach LuftVO Abs. 3 behandelt werden können.

### **Abs. 5:** Das Starten und Landen ist nur auf ausgewiesenen Flug- und Helikopterlandeplätzen gestattet.

### **Abs. 6:** Vor der Landung auf ausgewiesenen Helikopter Plätzen der Exekutive sowie allen Regierungsbehörden ist eine Landeerlaubnis zu erbitten.

### **Abs. 7:** Das Verlassen des Fluggeländes mit einem Fluggerät zu Boden ist verboten.

### **Abs. 8:** Das vorsätzliche Verursachen eines Flugunfalles ist verboten.

### **Abs. 9:** Das Fliegen trotz Fluguntauglichkeit ist verboten. Fluguntauglichkeit ist, wenn durch Mängel an Fluggeräten oder der körperlichen und geistigen Verfassung des Piloten, das Unfallrisiko nur marginal erhöht wird. Das Fliegen unter Alkohol- oder Drogeneinfluss ist verboten (0 Promille Grenze).

### **Abs. 10:** Die Kollision Lichter müssen jederzeit erkennbar sein.

### **Abs. 11:** Der Pilot, nicht der Eigentümer, ist verantwortlich für den einwandfreien Zustand des Fluggerätes.

### **Abs. 12:** Staatsbedienstete werden von der LuftVO § 3 Abs. 1, LuftVO § 3 Abs. 2 und LuftVO § 3 Abs. 3 befreit.

### **Abs. 13:** Das Fallschirmspringen in Flugverbotszonen ist untersagt.

## §4 Haltereigenschaft

### Der Halter eines Fahrzeuges ist der Eigentümer und die Person, auf die das Fahrzeug angemeldet und zugelassen ist. Der Halter ist stets für den Inhalt seines Fahrzeugs verantwortlich. Dem Halter eines Fahrzeuges ist es möglich, die Haftung (Verantwortlichkeit) für den Inhalt durch schriftlichen Vertrag zu übertragen.

# Betäubungsmittelgesetz (BtMG)

## §1 Grundlagen

### **Abs. 1:** Betäubungsmittel sind all diejenigen konsumierbaren Stoffe, die kurz oder langfristig zur Abhängigkeit, sowie zur Einschränkung körperlicher und geistiger Fähigkeiten führen. Diese Substanzen und Gegenstände, sowie jegliche Zwischenprodukte und Rohstoffe, die Teil der Herstellungsprozesse sind, sind illegal.

### **Abs. 2:** Hiervon ausgenommen sind alkoholische Getränke und Tabakwaren, die bei staatlich anerkannten Händlern zum Kauf und/oder Ankauf angeboten werden.

## §2 Besitz und Konsum

### **Abs. 1:** Der Besitz und der Konsum von Betäubungsmitteln nach § 1 ist höchst illegal und strafbar.

### **Abs. 2:** Es gelten folgende Ausnahmen:

#### **1.** Das Mitführen von Cannabis ist erst ab einer Menge von mehr als 25 Einheiten strafbar.

#### **2.** Das Mitführen von Meth ist strafbar.

#### **3.** Das Mitführen von Crystal Meth ist strafbar.

#### **4.** Das Mitführen von LSD ist strafbar.

#### **5.** Das Mitführen von Kokain ist strafbar.

#### **6.** Das Mitführen des Meth Labor ist strafbar.

#### **7.** Beamten der Exekutive ist es nach Feststellung des Besitzes von Betäubungsmitteln bei einer Person gestattet, die Betäubungsmittel zu beschlagnahmen. Sobald die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen und die mitgeführte Menge an Betäubungsmitteln festgestellt und festgehalten wurde oder wenn eine fehlende Strafbarkeit gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1), 2 Abs. 2 Nr. 2) BTMG vorliegt, sind die beschlagnahmten Betäubungsmittel zu vernichten.

#### **8.** Staatsanwälte und Richter dürfen Betäubungsmittel mit sich führen, um diese ggf. zu analysieren und als Beweismittel in einem Verfahren zu verwenden. In diesem Falle sind die Betäubungsmittel umgehend nach der Urteilsverkündung an den vorsitzenden Richter zu übergeben. Dieser ist dazu verpflichtet übergebene Mittel unmittelbar nach dem rechtsgültigen Urteil zu vernichten.

#### **9.** Wenn gemäß **§ 2 BtMG** die Ausnahmen überschritten werden, so werden alle bei sich geführten Mengen komplett bestraft.

#### **10.** Die mitgeführten Freimengen werden bei Kontrollen seitens der Exekutive abgenommen

## §3 Handel

### **Abs.1:** Das Handeln von Betäubungsmitteln umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Übereignung von Substanzen, gemäß § 1 und ist strafbar. Der Versuch ist strafbar. (Radius 5 Meter vom Drogendealer)

### **Abs.2:** Ausnahmen gelten für Angestellte von staatlich anerkannten Organisationen des Gesundheitswesens, welche Betäubungsmittel zu medizinischen Zwecken an Patienten weiterreichen dürfen, dies allerdings nur in geringen Mengen und zu nicht-kommerziellen Zwecken.

## §4 Herstellung

### Das Verarbeiten von Substanzen zu Produkten, dessen Besitz gemäß § 1 illegal ist, gilt als Herstellung im Sinne des Gesetzes und ist strafbar. Als Herstellungsprozess gilt es, wenn eine Person im direkten Umfeld eines Verarbeiterpunkts/Labor befindet.

# Waffengesetz (WfG)

## §1 Grundlagen

### **Abs. 1:** Handfeuerwaffen sind all diejenigen Waffen, bei denen Geschosse (jeglicher Art) durch einen Lauf getrieben werden. Handfeuerwaffen können mit einer Hand bedient werden und haben eine Lauflänge unter 300 mm (30 cm).

### **Abs. 2:** Langwaffen sind all diejenigen Waffen, bei denen Geschosse (jeglicher Art) durch einen Lauf getrieben werden. Langwaffen können i.d.R. nur mit der Verwendung von zwei Händen bzw. entsprechenden Hilfsstützen (o.ä.) ordnungsgemäß bedient werden und haben eine Lauflänge von mindestens 300 mm (30 cm) oder mehr.

### **Abs. 3:** Als illegale Waffen gelten

#### **1.** Stichwaffen mit einer Klingenlänge von mehr als 10 cm (z.B. Machete)

#### **2.** Kal. 50 Pistole

#### **3.** Langwaffen

#### **4.** Schlagring

### **Abs. 4:** Als illegale Waffen Anbauteile gelten

#### **1.** Magazine für nicht legale Waffen

#### **2.** Schalldämpfer

#### **3.** Trommelmagazine für illegale Waffen nach § 1 Abs. 3 WfG

#### **4.** vergrößerte Magazine für legale Waffen

### **Abs. 5:** Handfeuerwaffen des Typs “Pistole” und “Gefechtspistole” sind mit gültigem Waffenschein legal.

### **Abs. 6:** Das Mitführen von mehr als zehn Magazinen an der Person ist strafbar und wird nach §1 Abs. 4a WphG bestraft. Ausnahme bilden Staatsbeamte des Staates Los Santos.

## §2 Besitz legaler Waffen ohne Waffenschein

### Legale Waffen sind Handfeuerwaffen gemäß § 1 Absatz 5 WfG. Der Besitz dieser Handfeuerwaffen ohne gültigen Waffenschein ist strafbar.

## §3 Besitz illegaler Waffen und Waffen Anbauteilen

### **Abs.1:** Der Besitz der in **§ 1 Absatz 3 und 4 WfG** genannten Gegenstände ist strafbar.

### **Abs. 2:** Bei Verstoß gegen **§1 Abs. 6 WfG** werden als Berechnungsgrundlage die Anzahl der Projektile verwendet. Bei einer gemäß des § 1 Abs. 2 WfG definierten Langwaffe beträgt das Bußgeld $2 je Projektil. Bei Handfeuerwaffen gemäß §1 Abs. 1 WfG beläuft sich das Bußgeld je Projektil $1.

## §4 Erteilung eines Waffenscheins

### Das Führen einer Waffe ist nur mit einem, der Waffenklasse entsprechenden, Waffenschein gestattet. Zum Erwerb dieser Lizenz muss die Person sowohl geistig als auch körperlich voll zurechnungsfähig sein. Der entsprechende Waffenschein ist bei einem Richter zu beantragen. Anschließend hat der Antragsteller ein medizinisches Gutachten zu erbringen und dem Rockford Police Department vorzulegen. Nach Prüfung des Antrages und Vorlage des medizinischen Gutachtens prüft der Richter den Antrag nach freiem Ermessen und bescheidet den Antrag entweder positiv oder negativ.

## §5 Entziehung des Waffenscheins

### Bei Verstoß gegen eine Bestimmung des Waffengesetzes kann dem Beschuldigten auf Antrag der Staatsanwaltschaft der Waffenschein entzogen und dem Beschuldigten eine Sperrfrist bis zur Neubeantragung von 2 Tagen auferlegt werden.

## §6 Ausnahmeregelungen

### Beamten der Exekutiven und Judikativen ist es gestattet, Dienstwaffen im Dienst zu tragen. Das Tragen einer Dienstwaffe ist ohne Waffenschein nach **§ 4 WfG** gestattet. Dienstwaffen sind Waffen, die im entsprechenden Waffenladen der Exekutive und Judikative zu erwerben sind. Beamte der Judikative, die nicht der Justiz Sicherheit angehören, dürfen ausschließlich Handfeuerwaffen tragen.

## §7 Waffenhandel

### **Abs. 1:** Der Handel mit Waffen (jeglicher Art) ist ausschließlich staatlichen Waffenläden gestattet und strafbar. Waffenhandel ist jeder Vorgang im Zusammenhang mit der Übereignung einer Waffe an einen anderen.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

# Polizeigesetz (PolG)

## §1 Aufgaben der Polizei

### **Abs. 1:** Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren (Gefahrenabwehr). Sie hat im Rahmen dieser Aufgabe auch für die Verfolgung von Straftaten vorzusorgen und Straftaten zu verhüten (vorbeugende Bekämpfung von Straftaten) und die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistungen und das Handeln in Gefahrenfällen zu treffen.

### **Abs. 2:** Der Schutz privater Rechte obliegt der Polizei nach diesem Gesetz nur dann, wenn gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und wenn ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde.

### **Abs. 3:** Die Polizei leistet anderen Behörden Vollzugshilfe.

### **Abs. 4:** Die Polizei hat ferner die Aufgaben zu erfüllen, die ihr durch andere Rechtsvorschriften übertragen sind.

### **Abs. 5:** Maßnahmen, die in Rechte einer Person eingreifen, darf die Polizei nur treffen, wenn dies auf Grund dieses Gesetzes oder anderer Rechtsvorschriften zulässig ist. Soweit die Polizei gemäß Absatz 1 Satz 2 für die Verfolgung künftiger Straftaten vorsorgt oder die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistung und das Handeln in Gefahrenfällen trifft.

## §2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

### **Abs. 1:** Von mehreren möglichen und geeigneten Maßnahmen hat die Polizei diejenige zu treffen, die den einzelnen und die Allgemeinheit voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt.

### **Abs. 2:** Eine Maßnahme darf nicht zu einem Nachteil führen, der zu dem erstrebten Erfolg erkennbar außer Verhältnis steht.

### **Abs. 3:** Eine Maßnahme ist nur solange zulässig, bis ihr Zweck erreicht ist oder sich zeigt, dass er nicht erreicht werden kann.

## §3 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen

### **Abs. 1:** Verursacht eine Person eine Gefahr, sind die Maßnahmen gegen sie zu richten.

### **Abs. 2:** Verursacht eine Person, die zu einer Verrichtung bestellt ist, die Gefahr in Ausführung der Verrichtung, so können Maßnahmen auch gegen die Person gerichtet werden, die die andere zu der Verrichtung bestellt hat.

## §4 Einschränkung von Grundrechten

### **Abs. 1:** Durch dieses Gesetz werden die Grundrechte auf

#### **1.** Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes),

#### **2.** Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes),

#### **3.** Freizügigkeit (Artikel 8 des Grundgesetzes),

#### **4.** Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 10 des Grundgesetzes), eingeschränkt.

## §5 Legitimationspflicht

### Auf Verlangen des von einer Maßnahme Betroffenen hat sich der Polizei Vollzugsbedienstete auszuweisen, soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt wird.

## §6 Befragung, Auskunftspflicht

### **Abs. 1:** Die Polizei kann jede Person befragen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie sachdienliche Angaben machen kann, die für die Erfüllung einer bestimmten polizeilichen Aufgabe erforderlich sind. Für die Dauer der Befragung kann die Person angehalten werden.

### **Abs. 2:** Zur vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität kann die Polizei im öffentlichen Verkehrsraum angetroffene Personen kurzzeitig anhalten, befragen und verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung ausgehändigt werden.

## §7 Identitätsfeststellung

### **Abs. 1:** Die Polizei kann die Identität einer Person feststellen:

#### **1.** zur Abwehr einer Gefahr,

#### **2.** wenn sie sich an einem Ort aufhält,

#### **3.** von den Tatsachen die Annahme rechtfertigen,

#### **4.** dass dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden,

#### **5.** vorbereiten oder verüben, sich dort Personen treffen,

#### **6.** die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen,

#### **7.** sich dort gesuchte Straftäter verbergen.

#### **8.** wenn sie sich in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -Einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in dessen unmittelbarer Nähe aufhält und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen, durch die Personen oder diese Objekte gefährdet sind, und dies auf Grund der Gefährdungslage oder auf die Person bezogener Anhaltspunkte erforderlich ist.

## §8 Vorladung

### **Abs. 1:** Die Polizei kann eine Person schriftlich oder mündlich vorladen, wenn

#### **1.** Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person sachdienliche Angaben machen kann, die für die Erfüllung einer bestimmten polizeilichen Aufgabe erforderlich sind, oder

#### **2.** dass zur Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen erforderlich ist.

### **Abs. 2:** Bei der Vorladung soll deren Grund angegeben werden. Bei der Festsetzung des Zeitpunkts soll auf den Beruf und die sonstigen Lebensverhältnisse des Betroffenen Rücksicht genommen werden.

### **Abs. 3:** Leistet ein Betroffener der Vorladung ohne hinreichenden Grund keine Folge, so kann sie zwangsweise durchgesetzt werden,

#### **1.** wenn die Angaben zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich sind oder

#### **2.** zur Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen.

## §9 Platzverweisung und Aufenthaltsverbot

### Die Polizei kann zur Abwehr einer Gefahr eine Person vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes verbieten. Die Platzverweisung kann ferner gegen Personen angeordnet werden, die den Einsatz der Feuerwehr oder von Hilfs- oder Rettungsdiensten behindern.

## §10 Gewahrsam

### Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn

### **Abs. 1:** dass zum Schutz der Person gegen eine Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, insbesondere weil die Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet, oder

### **Abs. 2:** das unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat, die hinsichtlich ihrer Art und Dauer geeignet ist, den Rechtsfrieden nachhaltig zu beeinträchtigen oder zu verhindern, oder

### **Abs 3:** eine Straftat nach dem ÖGB, WFG, oder dem BtMG begangen worden ist, oder

### **Abs. 4:** ein dringender Tatverdacht für das Vorliegen einer schwerwiegenden Straftat vorliegt.

## §11 Behandlung festgehaltener Personen

### Wird eine Person auf Grund von § 7 PolG festgehalten, ist ihr unverzüglich der Grund bekannt zu geben. Sie ist über die ihr zustehenden Rechte (Miranda Belehrung) zu belehren.

## §12 Dauer der Freiheitsentziehung

### Die festgehaltene Person ist zu entlassen,

#### **1.** sobald der Grund für die Maßnahme der Polizei weggefallen ist,

#### **2.** wenn die Fortdauer der Freiheitsentziehung durch richterliche

#### **3.** Entscheidung für unzulässig erklärt wird.

## §13 Durchsuchung von Personen

### Die Polizei kann Personen durchsuchen, wenn

#### **1.** eine Straftat nach dem OGB, WfG, oder dem BtMG begangen worden ist,

#### **2.** ein dringender Tatverdacht für das Vorliegen einer schwerwiegenden Straftat vorliegt,

#### **3.** Tatsachen die dringende Annahme rechtfertigen, dass sie illegale Objekte mit sich führt,

#### **4.** sie sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet,

#### **5.** die Polizei an sogenannten Verkehr sicherheitsrelevanten Bereichen eine Kontrolle sämtliche Fahrzeuge vornimmt,

#### **6.** eine Personenkontrolle im öffentlichen Raum stattfindet. Ordnungswidrigkeiten nach der StVO berechtigen nicht, eine Person und/oder dessen Fahrzeug zu durchsuchen. Schwerwiegende Straftaten sind solche, die mindestens eine Strafandrohung von 15 Monaten aufweisen.

## §14 Sicherstellung

### Die Polizei kann eine Sache sicherstellen

#### **1.** um eine gegenwärtige Gefahr abzuwehren,

#### **2.** um den Eigentümer oder den rechtmäßigen Inhaber der tatsächlichen Gewalt vor Verlust oder Beschädigung einer Sache zu schützen oder

#### **3.** wenn sie von einer Person mitgeführt wird, die nach diesem Gesetz oder anderen Rechtsvorschriften fest- oder angehalten wird, und die Sache verwendet werden kann,

#### **4.** um sich zu töten oder zu verletzen,

#### **5.** Leben oder Gesundheit anderer zu schädigen,

#### **6.** fremde Sachen zu beschädigen oder

#### **7.** die Flucht zu ermöglichen oder zu erleichtern.

## §15 Miranda-Belehrung

### Bei der Verhaftung, zwecks Überführung zum Police Department, ist dem Verdächtigen innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens stets die Miranda Belehrung vorzulesen:

#### **„Sie haben das Recht zu schweigen. Alles, was Sie sagen, kann und wird vor Gericht gegen Sie verwendet werden. Sie haben das Recht, zu jeder Vernehmung einen Verteidiger hinzuzuziehen. Wenn Sie sich keinen Verteidiger leisten können, wird Ihnen einer gestellt. Haben Sie Ihre Rechte so verstanden?”**

### Aussagen und Bekundungen des Festgenommenen dürfen nur ab dem Zeitpunkt der ordnungsgemäßen Verlesung der Miranda-Belehrung verwertet werden. Alles zuvor Gesagte ist nicht verwertbar.

## §16 Festnahme von Störern

### Bei Amtshandlungen an Ort und Stelle ist der Beamte, der sie leitet, befugt, Personen, die seine amtliche Tätigkeit vorsätzlich stören oder sich den von ihm innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen widersetzen, festnehmen und bis zur Beendigung seiner Amtshandlung festhalten zu lassen.

## §17 Allgemeine Befugnisse

### Die Polizei kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende, konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahr) abzuwehren, soweit nicht die §§ 6 bis 16 die Befugnisse der Polizei besonders regeln. Leitende Beamten des Los Santos Police Departments sind bei schweren Vergehen oder einer deutlichen Gefahr für die Sicherheit eines Einzelnen oder der Öffentlichkeit dazu befugt, Verdächtige, Täter oder mögliche Opfer im Rahmen einer polizeilichen Maßnahme für 24 Stunden in Sicherheitsverwahrung zu bringen. Zwischen zwei oder mehreren Sicherheitsverwahrungen besteht keinen Anspruch auf eine Freilassung.

## Verhaltensregeln & Ablauf bei einer Los Santos-Polizeikontrolle

### Einer der wohl spannendsten Momente einer USA-Reise passiert genau dann, wenn man in eine Verkehrskontrolle gerät. Dies ist zwar eher unwahrscheinlich, wenn man sich an die Los Santos-Verkehrsregeln hält, aber nicht gänzlich auszuschließen.

### Interessant zu wissen: Polizeikontrollen laufen in den USA immer nach demselben Schema ab. So sollte man sich tunlichst auch an diese halten, da jedes unkontrollierte Verhalten vom Fahrer oder den restlichen Insassen beim Polizisten sofort Alarm auslöst. Interessant ist, dass US-Polizisten generell mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet sind. Und angesichts der Tatsache, dass jeder Los Santos-Bürger leicht an Waffen gelangen kann (ob legal oder illegal sei jetzt mal dahingestellt), wird dieser immer entsprechend versuchen, sich selbst zuallererst zu schützen und bei akuter Gefahr von seiner Waffe auch Gebrauch machen.

### Daher ist das Verhalten eines Officers bei einer Kontrolle auch nicht unbedingt als überzogen anzusehen. Wie ich eingangs bereits schon sagte, wenn man in den USA auf der Straße angehalten wird, dann auch nicht ohne Grund – Irgendwo hat man also gegen das Gesetz verstoßen! Es hilft deshalb auch wenig, selbst wenn man noch so anderer Meinung ist, dem Polizisten zu widersprechen!

## Ablauf, sowie die wichtigsten Regeln bei einer Polizeikontrolle:

### **1.** Der Polizei Streifenwagen schaltet sein Blaulicht & seine Sirene hinter Dir ein

### **2.** Nun heißt es, unverzüglich rechts ranfahren, sonst kommt man in den Verdacht von „Driver Escape“ **also Fahrerflucht**. -> ( Erklärung: Du musst nun nicht sofort auf der Stelle stoppen, sondern signalisiere dem Polizeiwagen zunächst durch drosseln der Geschwindigkeit, dass du ihn gesehen hast und nun rechts nach einer geeigneten Stelle zum Anhalten suchst ohne natürlich den Polizisten oder den nachfolgenden Verkehr zu gefährden -> Auf dem gängigen Highways  sowie Interstates findest du ähnlich wie bei uns einen Seitenstreifen wo du möglichst weit rechts parken und den Verkehr möglichst immer im Blickfeld haben solltest

### **3.** Motor abstellen.

### **4.** Der Polizeiwagen hält immer hinter einem. -> (Erklärung: Er hat dich von Beginn an immer im Blickfeld)

### **5.** Als nächstes kontrolliert der Polizist vom Streifenwagen aus deinen Wagen über Funk, daher kann es einige Minuten dauern, bis er aussteigt.

### **6.** Während er dies tut, öffne bereits das Fenster. Auch hinten, wenn dort wer sitzt.

### **7.** Nimm deine Sonnenbrille ab. -> (Erklärung: Der Polizist will sehen mit wem er es zu tun hat und letztlich ist es auch eine Frage des Respekts gegenüber dem Gesetz)

### **8.** Und lege die Hände aufs Lenkrad, damit die Hände sichtbar sind. Auch die von allen Mitfahrern sollten jeweils sichtbar auf dem Schoß liegen. Anschließend, verhalte dich ruhig.

### **9.** Der Polizist nähert sich deinem Wagen, meist mit der Hand an der Waffe, von hinten. Der zweite Polizist, wenn einer dabei ist, sichert von der Beifahrerseite aus ab. Im Gegensatz zu Europa, kann ein Polizist auch allein kontrollieren. Das ist also nichts Ungewöhnliches.

### **10.** Auf keinen Fall jetzt unaufgefordert aussteigen. **Dies wird als Fluchtversuch verstanden**.

### **11.** Und auf keinen Fall unaufgefordert im Handschuhfach nach Papieren suchen. -> (Erklärung: Der Polizisten wird vermuten, dass du im Handschuhfach eine Waffe liegen hast und wird schließlich alles daransetzen, dass du die Waffe nicht erreichen kannst. Zudem greif unter gar keinen Umständen ohne Ankündigung in deine Jacke! Hier gilt dasselbe Spiel, der Polizist vermutet, dass du zur Pistole in deiner Jacken Innenseite greifen willst)

### **12.** Immer schön passiv verhalten und auf Anweisungen vom Polizisten warten.

### **13.** Der Polizist will in der Regel den Führerschein (engl. Driving Licence) sehen,

### **14.** Die Anrede “**SIR**” oder “**Officer**” möglichst oft benutzen. -> (Erklärung: Zeugt von Respekt Verhalten und kommt immer Positiv beim Gegenüber an!)

### **15.** Wichtig ist auch immer zu sagen, was man als nächstes macht (etwa im Handschuhfach die Papiere rausholen). Meist wird der Polizeibeamte dabei anschließend einen Schritt nach hinten zurück gehen, um dich vom hinteren Fenster aus besser beobachten zu können oder bzw. sich persönlich etwas mehr in Sicherheit zu bringen, im Fall du ziehst eine Waffe.

### **16.** Ebenfalls sehr wichtig, mach bitte bloß keine dummen Witze oder versuch nicht zu erzählen, dass eine Polizeikontrolle in deiner Heimat oder anderem Staat anders oder gar besser sei. -> (Erklärung: Dumme Witze reißen, zeugt eindeutig von Respektlosigkeit und gar noch über die Los Santos-Polizeimethoden herzuziehen, damit beleidigst du auf direkten Wegen seinen Staat & sein System und würdest Ihn bloß zurecht unnötig wütend machen.)

### **17.** Der Polizist wird zunächst direkt an deinem Wagen deine Papiere checken, sofern sie richtig & vollständig sind, und normalerweise daran nichts zu beanstanden haben.

### **18.** Anschließend wird er dir mitteilen gegen welche Verkehrsregel du verstoßen hast. Und dann liegt es an der Höhe des Vergehens, ob er dich mit einer Verwarnung davonkommen lässt, dir ein Ticket ausstellt oder dich direkt mit in Gewahrsam nimmt. In den meisten Fällen wird man dich, wenn du die Verhaltensregeln beachtest, sonst noch nie auffällig warst und das Vergehen noch im Rahmen liegt, mit einer Verwarnung davonkommen lassen.

### **19.** War alles ok, wünscht dir der Polizist nun wahrscheinlich eine gute Weiterfahrt! Du verabschiedest dich ebenfalls freundlich, wartest bis der Polizist sich von deinem Wagen entfernt, startest du den Motor wieder und fädelst dich in den fließenden Verkehr vorsichtig wieder ein.

### **20.** Glückwunsch & Aufatmen! Du hast soeben deine erste Polizei Verkehrskontrolle in den USA erfolgreich & richtig gemeistert!

### **Fazit:** Zeige immer Respekt gegenüber Menschen & Gesetzen! Im Endeffekt gibt es nämlich nur eines, was du beachten musst: „Halte dich einfach tunlichst genau an die Verkehrsgesetze von Los Santos“ und schon wirst du es zu 99% nie mit einer der Polizei-Ebenen zu tun bekommen auf deiner Fahrt!

# Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

## § 1 Grundsatz

### **Abs. 1:** Den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegt die entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen, welche motorisiert sind.

### **Abs. 2:** Als Entgelt sind auch wirtschaftliche Vorteile anzusehen, die mittelbar auf die persönlichen Vermögensvorteile des Beförderers zielen.

### **Abs. 3:** Als Beförderer ist der Auftragnehmer zu betrachten, welcher eine Person oder Gruppe von Platz A zu Platz B befördert.

### **Abs. 4:** Als Grundlage des Beförderers für den Personenbeförderungsschein wird mindestens der Besitz des Autoführerscheins festgeschrieben, um an dem Genehmigungsprozess teilnehmen zu können.

### **Abs. 5:** Kraftfahrzeuge, welche zur Beförderung genutzt werden, müssen offensichtlich gekennzeichnet sein und über eine gültige Anmeldung beim Rockford Police Department verfügen.

### **Abs. 6:** Ausgenommen von der Regelung sind Transporte, welche durch das Mount Zonah Medical Center oder Los Santos Custom durchgeführt werden.

### **Abs. 7:** Transportfahrten des Rockford Police Department benötigen keinen Personenbeförderungsschein, da diese keinen Vorteil auf die persönlichen Vermögensvorteil des Beförderers zielen.

## § 2 Genehmigungspflicht

### **Abs. 1:** Wer im Sinne des § 1 PBefG1 Personen befördert, muss im Besitz einer Genehmigung sein. Eine Genehmigung wird vom Department of Justice ausgestellt.

### **Abs. 2:** Zur Genehmigung ist der Antragsteller verpflichtet, eine Fahrtauglichkeitsbescheinigung von Los Santos Custom zu erhalten, ein Gutachten über die körperliche Verfassung seitens des Mount Zonah Medical Center Departments vorzulegen und ein Auszug aus den polizeilichen Akten des Rockford Police Departments vorzulegen.

### **Abs. 3:** Sollten keine Einwände oder aktuelle Straftatbestände vorliegen, ist dem Antragsteller eine Genehmigung zu gewähren.

### **Abs. 4:** Bei Verweigerung der Genehmigung darf der Antragsteller innerhalb von 2 Wochen einen erneuten Antrag auf Genehmigung des Personenbeförderungsscheines stellen.

### **Abs. 5:** Gebühren für die Genehmigung werden nicht erhoben.

## § 3 Pflichten

### **Abs. 1:** Im Grunde zielt dieses Gesetz auf die Beförderung einzelner Personen oder ein Zusammenschluss mehrerer Personen.

### **Abs. 2:** Fahrzeuge, welche zur Personenbeförderung benutzt werden, müssen in regelmäßigen Abständen zur Inspektion und/oder Wartung beim Los Santos Custom. Dies ist bei Kontrollen des Rockford Police Department auf Wunsch offen zu legen.

### **Abs. 3:** In den Fahrzeugen sollte eine Grundausstattung an medizinischer Erstversorgung vorhanden sein, um im Ernstfall dieses verwenden zu können.

### **Abs. 4:** Nachweislich muss eine Bescheinigung zur Absolvierung eines “Ersten-Hilfe”-Kurses vom Mount Zonah Medical Center bei Kontrollen des Rockford Police Department vorgelegt werden.

### **Abs. 5:** Bei Entzug der Fahrerlaubnis ist der Personenbeförderungsschein unverzüglich beim Department of Justice zu hinterlegen bis zur Klärung des weiteren Vorgehens. Eine Beförderung von Personen gemäß des PBefG ist untersagt.

## § 4 Rechte

### **Abs. 1:** Für die Nutzung der Personenbeförderungen kann vom Fahrer ein ortsübliches Fahrentgelt erhoben werden.

### **Abs. 2:** In Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber kann dem Besitzer eines Beförderungsscheins ein kleiner Waffenschein nach den Vorgaben des Department of Justice ausgehändigt werden.

### **Abs. 3:** Den Fahrzeugen ist es gestattet, in gesondert, gekennzeichneten Bereichen in Los Santos zu halten und/oder parken.

## § 5 Besonderheiten

### **Abs. 1:** Fahrten, in den Zeiträumen zwischen 22:00 und 6:00 Uhr werden als Nachtfahrten deklariert und können einen bis zu 25-prozentigen Aufschlag beinhalten.

### **Abs. 2:** Transportfahrten, in denen Waren und Materialien mittransportiert werden, können einen prozentualen Aufschlag von 25 Prozent beinhalten.

### **Abs. 3:** Für öffentliche Veranstaltungen kann eine vertragliche Vereinbarung abseits der sonst tariflichen Gebundenheit erschaffen werden. Diese Fahrten sind gesondert zu deklarieren, dem Beförderer ist es untersagt im vertraglichen Veranstaltungszeitraum am normalen Betrieb der Personenbeförderung teilzunehmen.

# Vertragsrecht (VtR)

### Das Vertragsrecht ist der rechtliche Rahmen für jede Form von Verträgen, d. h. von mehrseitigen Rechtsgeschäften. Es ist Grundlage der Regelung unter welchen Umständen es zu einem rechtsgültigen Vertrag kommt und welche Rechte und Pflichten von beiden Seiten eingehalten werden müssen.

## § 1 Vertragsfreiheit

### Jedem Bürger des Staates San Andreas ist es gestattet nach eigenem Ermessen Verträge abzuschließen. Einzige Ausnahme: Das hiermit abgeschlossene Rechtsgeschäft darf weder gegen geltendes Recht noch gegen die guten Sitten verstoßen oder gesetzlichen Verboten entsprechen.

## §2 Geschäftsfähigkeit

### **Abs. 1:** Ein Vertrag kann nur abschließen, wer geschäftsfähig ist. Darunter versteht man die Fähigkeit des Vertragspartners, überhaupt am Rechtsverkehr teilzunehmen und sich der daraus entstehenden Rechtsfolgen bewusst zu sein.

### **Abs. 2:** Beschränkt geschäftsfähig oder gar geschäftsunfähig ist man aufgrund seines (zu geringen) Alters oder wegen schwerer Krankheit.

## §3 Zustandekommen von Verträgen

### Ein Vertrag gilt dann als rechtswirksam abgeschlossen, wenn ein Angebot und seine Annahme in korrespondierender Form vorliegen.

## §4 Rücktritt vom Vertrag

### Wenn ein Rücktritt im Vertrag nicht geregelt ist, so gelten die allgemein gesetzlichen Regelungen, wenn die Vertragserfüllung aufgrund von Leistungsstörungen nicht mehr möglich ist. Unter folgenden Punkten ist eine Auflösung und Rückabwicklung des Vertrages möglich.

### **Abs. 1:** Für nicht oder nicht vertragsgemäß erbrachter Leistungen, nach Verstreichen einer angemessenen Frist nach §5 VtR.

### **Abs. 2:** durch Widerruf bei Vertragsabschluss über Onlinehandel bzw. bei Verträgen, die per E-Mail, SMS, Brief etc. geschlossen wurden.

### **Abs. 3:** durch Kündigung wie im Vertrag geregelt oder nach §5 VtR

### **Abs. 4:** Es gilt ein Anspruch auf die bis zur Auflösung des Vertrags erbrachten Leistungen.

## §5 Vertragsdauer

### **Abs. 1:** Die Vertragsdauer darf ein Maximum von 6 Monaten nicht überschreiten. Eine Verlängerung des Vertrags ist möglich. Eine Verlängerung muss als neuer Vertrag ausgeführt werden, der bereits abgeschlossene Vertrag kann dabei als Grundlage dienen. Ein verlängerter Vertrag gilt vor dem Gesetz als neuer Vertrag.

## §6 Vertrag per Handschlag

### Verträge in nicht schriftlicher Form erlangen Rechtsgültigkeit, wenn der nicht schriftliche Vertrag, eine wiederholende Vertragsvereinbarung mit demselben Vertragspartner auszeichnet. Weiter müssen Modalitäten und Termine geklärt sein.

## §7 Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

### **Abs. 1:** Allgemeine Geschäftsbedingungen sind Vertragsbedingungen die ein Vertragspartner, für eine Vielzahl von Fällen vorformuliert und dem Geschäftspartner bei Vertragsschluss, einseitig vorliegt. Mit Unterzeichnung eines Vertrags stimmt der Vertragspartner ebenfalls den vorgelegten allgemeinen Geschäftsbedingungen zu.

### **Abs. 2:** Bedingung für die Rechtsgültigkeit der allgemeinen Geschäftsbedingungen ist, dass der Vertragsgeber bei Vertragsabschluss ausdrücklich darauf hinweist.

### **Abs. 3:** Bei mündlichem Vertragsabschluss muss die Anwendbarkeit der allgemeinen Geschäftsbedingungen ausdrücklich erwähnt werden.

### **Abs. 4:** In allen anderen Fällen sind die allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht rechtswirksam.

### **Abs. 5:** Weitere Voraussetzungen sind, dass der Vertragspartner in zumutbarer Weise vom Inhalt der allgemeinen Geschäftsbedingungen Kenntnis erlangen kann und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen einverstanden ist.

### **Abs. 6:** Unwirksam sind solche Klauseln, die den Vertragspartner entgegen dem Gebot von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen.

### **Abs. 7:** Vertragsklauseln dürfen nicht derart ungewöhnlich sein, dass die andere Vertragspartei nicht damit rechnen muss.

## §8 Allgemeine Geschäftsbedingung im indirekten Vertragsabschluss

### **Abs. 1:** Für Verträge die Online, per E-Mail, SMS, Brief etc. abgeschlossen werden gelten Sondervorschriften die, die in §7 VtR aufgeführten gesetzt erweitern und in §10 VtR festgehalten sind.

### **Abs. 2:** Bei der Einbeziehung in einen Vertrag muss der Vertragsgeber (technisch) sicherstellen, dass der Vertragspartner die allgemeinen Geschäftsbedingungen einsehen kann und ihre Kenntnis bestätigt. Weiter muss der Vertragspartner in der Lage sein, die allgemeinen Geschäftsbedingungen als Kopie in irgendeiner Form sichern zu können.

### **Abs. 3:** Es herrscht ein Verständlichkeit Gebot. Die Regelungen müssen so formuliert werden, dass auch ein Nichtjurist den Inhalt verstehen kann.

## §9 Werkvertrag

### Ein Werkvertrag verpflichtet den Vertragspartner zur Herstellung eines vereinbarten Werks. Ein Werk kann dabei in Form eines oder mehrerer Sachgegenstände vorkommen, aber auch in Form einer Abgeschlossenen Dienstleistung. Ein Werkvertrag gilt erst mit erbrachter Leistung als erfüllt.

## §10 Dienstleistungsvertrag

### Ein Dienstleistungsvertrag verpflichtet den Vertragspartner zur Durchführung einer Arbeitsleistung. Der Vertrag bezieht sich auf eine Arbeitsleistung und nicht auf ein Werk. Ein Bemühen ohne Erfolg reicht für die Erfüllung eines Dienstvertrages bereits aus.

## §11 Handelsvertreter

### **Abs. 1:** Handelsvertreter ist jeder selbstständig Gewerbetreibende, der von einem Unternehmer beauftragt ist, für diesen Geschäfte zu vermitteln oder abzuschließen.

### **Abs. 2:** Der Unternehmer hat den Handelsvertreter bei seiner Tätigkeit zu unterstützen. Er hat ihn darüber zu informieren, wenn Geschäfte angenommen oder abgelehnt werden, und muss ihm sämtliche Informationen zukommen lassen, die für ein erfolgreiches Arbeiten seitens des Handelsvertreters erforderlich sind. Muster, Unterlagen oder auch Werbematerial werden je nach Bedarf vom Unternehmer gestellt und müssen nicht von Handelsvertreter bereitgestellt werden.

### **Abs. 3:** Der Handelsvertreter arbeitet selbständig und nach eigener Einteilung der Arbeitszeit. Er ist verpflichtet den Unternehmer über Geschäftsabschlüsse zu informieren und hat dabei dessen Weisungen zu folgen, sofern sie seine Selbständigkeit nicht im Kern zu sehr einschränken.

### **Abs. 4:** Ein Handelsvertreter kann bei Beendigung der Arbeit für den Unternehmer einen Ausgleichsanspruch für den Kundenstamm, den er für ihn aufgebaut hat, geltend machen. Für den Ausgleichsanspruch gelten die allgemein rechtlichen Verjährungsfristen von 30 Tagen in, denn der Anspruch geltend gemacht werden muss.

## §12 Forderungen und Verjährungsfristen

### **Abs. 1:** Jeder rechtlich gültige Vertrag, ermächtigt die Vertragspartner bei Ausbleiben festgesetzter Leistungen oder Zahlungen für Leistungen, diese einzufordern. Sollten die gesetzlichen Verjährungsfristen bis zum Eingang der Forderung noch nicht verstrichen sein, so hat sich der Schuldner zu sich zu rechtfertigen und wenn kein hinreichender Grund besteht den Forderungen aus dem Vertrag nachzukommen.

### **Abs. 2:** Ansprüche aus Schadensersatz bei Nichterfüllung eines Vertrags oder Teilen davon können zivilrechtlich eingefordert werden.

### **Abs. 3:** Die Verjährungsfrist aus Kaufverträgen beträgt 3 Monate

### **Abs. 4:** Schadensersatzansprüche aus arglistigem Verschweigen eines Mangels der Kaufsache durch den Verkäufer 3 Monate

### **Abs. 5:** Schadensersatzansprüche aus Körperverletzungen und ähnlichem betragen 1 Jahr

### **Abs. 6:** die Verjährungsfrist aus titulierten Ansprüchen (z. B. aus Urteilen, Vollstreckungen) beträgt 1 Jahr

## §13 Mahnverfahren

### Um seinen, nicht verjährten, Anspruch durchzusetzen, hat der Gläubiger die Möglichkeit, ein außergerichtliches Mahnverfahren einzuleiten.

## §14 Vollstreckungsbeschluss

### Ein Gläubiger, der einen Vollstreckungsbescheid vom Gericht in Los Santos erhalten

### hat, kann diesen jederzeit auch unter Zuhilfenahme der Polizei vollstrecken.

# Gewerbesteuergesetz (GewStG)

## § 1 Steuerschuldner

### **Abs. 1:** Steuerschuldner ist der eingetragene Inhaber im Handelsregister. Falls nicht anders vermerkt, ist dieser zugleich der Geschäftsführer. Ist die Tätigkeit einer Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft, Gewerbebetrieb, so ist der Steuerschuldner die Gesellschaft.

### **Abs. 2:** Geht ein Gewerbebetrieb im Ganzen auf einen anderen Inhaber über, so ist der bisherige Inhaber bis zum Zeitpunkt des Übergangs Steuerschuldner. Der andere Inhaber ist von diesem Zeitpunkt an Steuerschuldner.

### **Abs. 3:** Der Inhaber kann vertretungsberechtigte Personen bestimmen, die die Steuerschuld stellvertretend entrichten können.

## § 2 Gewinn

**Abs. 1:** Der Gewinn eines Unternehmens, beschreibt den Unternehmen Kontostand Abzug der Ausgaben und Addition der Einnahmen.

### **Abs. 2:** Zur Berechnung des Gewinns ist mindestens, die Nutzung einer Buchhaltung gem. §10 GewO verpflichtend. Eine Einnahmenüberschussrechnung ist hier ausreichend.

### **Abs. 3:** Es wird davon ausgegangen, dass sämtliche Unternehmen einer Gewinnerzielungsabsicht nachgehen. Sollte ein Unternehmen zwei Monate infolge keinerlei oder nur sehr geringfügigen Gewinns erzielen, kann das Gewerbeamt vom Geschäftsführer verlangen, dass dieser glaubhaft versichert, die Ertragslage des Unternehmens in Zukunft zu verbessern. Sollte dies nicht geschehen oder nicht möglich sein, ist eine Betriebsschließung durch Entzug des Gewerbescheins möglich.

**§ 3 Gewerbeertrag**

### **Abs. 1:** Als Gewerbeertrag, ist der Gewinn des Unternehmens gemeint. Er wird aus der Buchhaltung gem. § 10 GewO berechnet.

## § 4 Steuererklärungspflicht

### **Abs.1:** Der Gewerbesteuerbescheid beschreibt, welche Steuern und in welcher Höhe der Steuerschuldner wann zu zahlen hat.

### **Abs. 2:** Der Gewerbesteuerbescheid wird von der zuständigen öffentlichen Stelle nach Einreichung der Buchhaltung an den Steuerschuldner übermittelt.

### **Abs. 3:** Der Steuerschuldner hat nach Erhalt des Gewerbesteuerbescheids 7 Tage Zeit, die im Gewerbesteuerbescheid geforderte Summe bei der zuständigen öffentlichen Stelle zu bezahlen.

## § 5 Gewerbesteuer

### **Abs. 1:** Jedes Gewerbe unterliegt der Gewerbesteuerpflicht. Die anfallende Gewerbesteuer eines Gewerbes muss vom Steuerschuldner nach Erhalt des Gewerbesteuerbescheides bezahlt werden. Die Höhe der zu zahlenden Steuer beträgt dabei die Summe, welche im Gewerbesteuerbescheid gefordert wird.

### **Abs. 2:** Besteuerungsgrundlage der Gewerbesteuer ist der Gewerbeertrag, welcher aus der eingereichten Buchhaltung von der zuständigen öffentlichen Stelle berechnet wird.

### **Abs. 3:** Sollte der Gewerbeertrag einer GbR unter 100.000 $ liegen, muss keine Gewerbesteuer gezahlt werden.

## § 6 Umsatzsteuer

### **Abs. 1:** Alle per Rechnung ausgestellten Beträge sind umsatzsteuerpflichtig. Ausgenommen hiervon sind die staatlichen Behörden.

### **Abs. 2:** Die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer ist der erhaltene Rechnungsbetrag.

### **Abs. 3:** Der Steuersatz beträgt 12 %, sofern nicht anders in einem schriftlichen Vertrag mit dem Gewerbeamt festgelegt.

### **Abs. 4:** Nachzahlungen sind rückwirkend bis zu drei Kalendermonaten möglich.

## § 7 Steuermesszahl und Hebesatz

### **Abs. 1:** Die Steuermesszahl für die Gewerbesteuer beträgt derzeit 7 % und wird durch den Gewerbeertrag berechnet.

### **Abs. 2:** Zusätzlich zum durch die Steuermesszahl errechneten Betrag wird ein Hebesatz auf den entsprechenden Betrag angewendet.

### **Abs. 3:** Der Hebesatz beträgt standardmäßig 200 % und kann jederzeit durch einen Beschluss, der die Unterschrift des Gewerbeamts enthält, angepasst werden. Eine Anpassung durch einen Regierungsbeschluss ist nicht möglich.

## § 8 Zulässige Behörde

## Abs. 1: Für jegliche Anliegen der Gewerbesteuer ist das Gewerbeamt zuständig.

### **Abs. 2:** Das Gewerbeamt besteht ausfolgenden Organen:

#### **a.**   Vorsitzender des Gewerbeamts

#### **b**.   Stellv. Vorsitzender des Gewerbeamtes

#### **c.** Abteilungsleitung Finanzen des Gewerbeamts

#### **d.**  Abteilungsleitung Gründung/Schließung des Gewerbeamts

#### **e.**   Abteilungsleitung Bau des Gewerbeamts

# Gewerbeordnung (GewO)

## §1 Grundsatz der Gewerbefreiheit

### **Abs. 1:** Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz oder andere Gesetzbücher Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.

## §2 Gewerbeanmeldungspflicht

### **Abs. 1:** Jeder der gewerblichen Tätigkeiten nachgehen will, ist somit der Gewerbeanmeldungspflicht unterlegen.

### **Abs. 2:** Die Gewerbeanmeldung erfolgt online über die Website des Gewerbeamts. Ein Gewerbe ist erst angemeldet, wenn ihm ein Gewerbeschein der zuständigen öffentlichen Stelle ausgestellt wurde.

## §3 Betrieb verschiedener Gewerbe

### **Abs. 1:** Der gleichzeitige Betrieb verschiedener Gewerbe sowie desselben Gewerbes in mehreren Betriebs- oder Verkaufsstätten ist gestattet. Eine Beschränkung der Handwerker auf den Verkauf der selbst gefertigten Waren findet nicht statt.

## §4 Verarbeitung personenbezogener Daten

### **Abs. 1:** Die zuständige öffentliche Stelle erhebt personenbezogene Daten des Gewerbetreibenden und solcher Personen, auf die es für die Entscheidung ankommt, soweit die Daten zur Beurteilung der Zuverlässigkeit und der übrigen Berufs Zulassungs- und -ausübungskriterien bei der Durchführung gewerberechtlicher Vorschriften und Verfahren erforderlich sind. Die Datenerhebung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Verarbeitung Regelungen entgegenstehen. Gewerberechtliche Anzeigepflichten bleiben unberührt.

## §5 Handelsregister

### **Abs. 1:** Jedes Gewerbe wird bei erfolgreicher Anmeldung im Handelsregister vermerkt.

### **Abs. 2:** Dieses wird von der zuständigen öffentlichen Stelle eingerichtet und geführt. Das Handelsregister ist hier einzusehen.

## §6 Anzeigepflicht

**Abs. 1:** Wer den selbständigen Betrieb, einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle anfängt, muss dies der zuständigen Behörde gleichzeitig anzeigen. Das Gleiche gilt, wenn:

#### **1.** der Betrieb verlegt wird.

#### **2.** der Gegenstand des Gewerbes gewechselt oder auf Waren oder Leistungen ausgedehnt wird, die bei Betrieben der angemeldeten Art nicht geschäftsüblich sind.

#### **3.** Vertretungsberechtigte Personen oder Gesellschafter hinzugefügt oder entfernt wird.

#### **4.** der Inhaber und/oder Geschäftsführer geändert wird.

#### **5.** der Betrieb aufgegeben wird.

### **Abs. 2:** Die erhobenen Daten dürfen nur für die Überwachung der Gewerbeausübung sowie statistische Erhebungen verarbeitet werden. Der Name, Die Rechtsform, die vertretungsberechtigten Person, die betriebliche Anschrift, Unternehmensbestand und die angezeigte Tätigkeit des Gewerbetreibenden dürfen allgemein zugänglich gemacht werden.

## §7 Auskunft und Nachschau

### **Abs. 1:** Gewerbetreibende oder sonstige Personen, sowie Freiberufler gem. §11, haben den Beauftragten der zuständigen öffentlichen Stelle auf Verlangen die für die Überwachung des Geschäftsbetriebs erforderlichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte unentgeltlich zu erteilen.

### **Abs. 2:** Die Beauftragten sind befugt, zum Zwecke der Überwachung Grundstücke und Geschäftsräume des Betroffenen während der üblichen Geschäftszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, sich die geschäftlichen Unterlagen vorlegen zu lassen und in diese Einsicht zu nehmen. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung können die Grundstücke und Geschäftsräume auch außerhalb der in Satz 1 genannten Zeit sowie auch dann betreten werden, wenn sie zugleich Wohnzwecken des Betroffenen dienen; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung wird insoweit eingeschränkt.

### **Abs. 3:** Die Absätze 1 bis 3 finden auch Anwendung, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ein erlaubnispflichtiges, überwachungsbedürftiges oder untersagtes Gewerbe ausgeübt wird.

## §8 Fortführung des Gewerbes

### **Abs. 1:** dem Tode eines Gewerbetreibenden darf das Gewerbe für maximal drei Wochen auf Rechnung des überlebenden Ehegatten oder Lebenspartners durch befähigten Stellvertreter betrieben werden, wenn die für den Betrieb einzelner Gewerbe bestehenden besonderen Vorschriften nicht etwas anderes bestimmen.

## §9 Verletzung von Vorschriften über erlaubnisbedürftige stehende Gewerbe

### **Abs. 1:** Mit Freiheitsstrafe und/oder mit einem zu zahlenden Bußgeld wird bestraft, wer ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

#### **1.** ohne die erforderliche Erlaubnis

#### **2.** nach §2 die Gewerbeanmeldungspflicht missachtet,

#### **3.** nach §6 die Anzeigepflicht missachtet,

#### **4.** nach §10 die Buchhaltungspflicht missachtet,

#### **5.** nach §12 die Steuerpflicht missachtet.

### **Abs. 2:** Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit/Ordnung oder wiederholten Verletzung der in §9 Abs. 1 genannten Punkte dürfen Gewerbe mit einem richterlichen Beschluss auf Antrag der zuständigen öffentlichen Stelle geschlossen werden. Bei Gefahr im Verzug oder wenn ein Richter drei Tage nicht verfügbar ist, kann das Gewerbeamt auch selbständig Schließungen durchführen. Das Gewerbe gilt somit als nicht mehr angemeldet und der Gewerbeschein ist nicht mehr gültig.

### **Abs. 3:** Sollte §2, §10 oder §12 missachtet werden, so muss der Steuerschuldner die Steuerschulden nachzahlen. Sollte der Steuerschuldner dem nicht nachkommen, so darf die zuständig öffentliche Stelle Einsicht in die privaten Besitztümer der Steuerschuldner wie z.B. Autos, Immobilien, Konten nehmen und private Besitztümer im Wert der Steuerschulden beschlagnahmen. Sollte der Wert der Steuerschulden nicht berechnet werden können, so beträgt der zu zahlender Wert der Steuerschulden den Wert der Steuerschulden eines vergleichbaren Monats oder wird durch eine Schätzung bestimmt, sollte keine Buchhaltung vorliegen.

## §10 Buchhaltungspflicht

### **Abs. 1:** Jede Gewerbetreibende Person ist verpflichtet, Bücher zu führen und in diesen seine Handelsgeschäfte, die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich zu machen. Die Buchführung muss so verständnisvoll sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann. Eine Einnahmenüberschussrechnung ist vollkommen ausreichend. Die Bücher dienen als Grundlage für die Besteuerung.

### **Abs. 2:**  Die Buchhaltung muss, falls nicht anderes bestimmt, innerhalb der ersten fünf Tage des Kalendermonats über das Kontaktformular eingehen.

### **Abs. 3:** Jegliche Bücher, Buchungsbelege, sowie Dokumente, die für die Umsatzsteuer gem. §6 GewStG und Gewerbesteuer gem. §5 GewStG und nach §10 Abs. 1 beschriebene Buchführung von Wichtigkeit sind, sind 4 Monate aufzubewahren.

## §11 Freie Berufe

### **Abs. 1:** Zu der freiberuflichen Tätigkeit gehören geprüfte Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Journalisten sowie die LKW-Logistik Fahrer.

### **Abs. 2:** Freiberufler sind von folgenden Pflichten befreit: § 2, 6, 10, 12 GewO und auch § 5, 6 Gewerbesteuergesetz.

### **Abs. 3:** Ein Freiberufler darf keine Personen anstellen, die Aufträge, Verwaltungstätigkeiten oder ähnliche Arbeitnehmer-typische-Aufgaben für den Freiberufler erfüllen.

### **Abs. 4:** Ein Zusammenschluss von mehreren Freiberuflern ist nicht zulässig.

### **Abs. 5:** Ein Verstoß gegen die eben genannten Auflagen führt zu einem Bußgeld. Bei mehrfachen Verstößen oder bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung kann ein Berufsverbot verhängt werden.

## §12 Steuerpflicht

### **Abs. 1:** Der Steuerschuldner hat die in §5 GewStG und §6 GewStG geforderten Steuern zu zahlen.

## §13 Zulässige Behörde

### **Abs. 1:** Für jegliche Anliegen der Gewerbeordnung ist das Gewerbeamt zuständig.

### **Abs. 2:** Das Gewerbeamt besteht ausfolgenden Organen:

#### **a.** Vorsitzender des Gewerbeamtes

#### **b.** Stellv. Vorsitzender des Gewerbeamtes

#### **c.**      Abteilungsleitung Finanzen des Gewerbeamts

#### **d.**    Abteilungsleitung Gründung/Schließung des Gewerbeamts

#### **e.**    Abteilungsleitung Bau des Gewerbeamts

# Strafgesetzbuch (StGB)

## §1 Beleidigung

### **Abs. 1:** Die Beleidigung wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wird eine Beleidigung mittels einer Tätlichkeit begangen, wird der Täter mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Wird eine Beleidigung nach Abs. 1 gegenüber einem Beamten auf Grundlage seines Dienstes begangen, wird diese mit einer höheren Geldstrafe und Freiheitsstrafe bestraft.

### **Abs. 4:** Wiederholte Beleidigungen können mit einem höheren Bußgeld bestraft werden

## §2 Belästigung / Nachstellung

### Abs. 1: Mit Geldstrafe ist zu rechnen, wenn wer einer anderen Person in einer Weise unbefugt nachstellt, die geeignet ist, deren Lebensgestaltung schwerwiegend zu beeinträchtigen, indem er beharrlich

#### **1.** die räumliche Nähe dieser Person aufsucht,

#### **2.** unter Verwendung von Telekommunikationsmitteln oder sonstigen Mitteln der Kommunikation oder über Dritte Kontakt zu dieser Person herzustellen versucht,

#### **3.** unter missbräuchlicher Verwendung von personenbezogenen Daten dieser Person Dritte veranlasst, Kontakt mit ihr aufzunehmen, oder

#### **4.** diese Person mit der Verletzung von Leben, körperlicher Unversehrtheit, Gesundheit oder Freiheit ihrer selbst, eines ihrer Angehörigen oder einer anderen ihr nahestehenden Person bedroht oder

#### **5.** eine andere vergleichbare Handlung vornimmt.

### **Abs. 2:** Auf Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe ist zu erkennen, wenn der Täter das Opfer, einen Angehörigen des Opfers oder eine andere dem Opfer nahestehende Person durch die Tat in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt.

## §3 Unterlassene Hilfeleistung

### **Abs. 1:** Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer in einer Situation eine Person aktiv und wissentlich behindert, die einem Dritten Hilfe leistet oder leisten will, wird mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

## §4 Freiheitsberaubung / Entführung

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise der Freiheit beraubt, wird mit einer Freiheitsstrafe und mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Auf Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe ist zu erkennen, wenn der Täter durch die Tat oder eine während der Tat begangene Handlung eine schwere Gesundheitsschädigung des Opfers verursacht.

### **Abs. 3:** Verursacht der Täter durch die Tat oder eine während der Tat begangene Handlung den Tod des Opfers, so ist eine Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe doppelt so hoch vorgesehen.

### **Abs. 4:** Der Versuch ist strafbar.

## §5 Geiselnahme

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen entführt oder sich eines Menschen bemächtigt, um ihn oder einen Dritten durch die Drohung mit dem Tod oder einer schweren Körperverletzung des Opfers oder mit dessen Freiheitsentziehung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen, wird mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Ein besonders schwerer Fall der Geiselnahme liegt vor, wenn die Geisel durch die Handlungen der Geiselnehmer zu Tode kommt. Bei einer Geiselnahme mit Todesfolge ist der Täter zu bestrafen mit einer Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §6 Körperverletzung

### **Abs. 1:** Wer eine andere Person körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs.2:** Wer eine andere Person im besonders schweren Fall körperlich misshandelt oder an der Gesundheit schädigt, hohe Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit einer Geldstrafe bis bestraft.

### **Abs. 4:** Der Versuch ist strafbar.

## §7 Fahrlässige Tötung

### **Abs. 1:** Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe und mit Geldstrafe bestraft.

## §8 Mord

### **Abs. 1:** Der Mörder wird mit einer 6-facher Freiheitsstrafe bestraft.

### Mörder ist, wer

#### **1.** aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, oder

#### **2.** heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder

#### **3.** um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken einen Menschen tötet

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

### **Abs. 3:** Versuchter Mord wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 60 HE und eine Geldstrafe von bis zu 5.000$ bestraft.

### **Abs. 4:** Der Straftatbestand des Mordes fällt nicht unter **§ 24 StPO**.

## §9 Totschlag

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen tötet, ohne Mörder zu sein, wird als Totschläger mit einer Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft

### **Abs. 2:** In besonders schweren Fällen ist auf eine Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe zu erkennen.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §10 Diebstahl

### **Abs. 1:** Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Ein besonders schwerer Fall des Diebstahls liegt vor, wenn eine Sache gestohlen wird, die durch ein verschlossenes Behältnis oder eine andere Schutzvorrichtung gegen Wegnahme besonders gesichert ist und wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §11 Unterschlagung

### **Abs. 1:** Wenn eine Person eine fremde bewegliche Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zugeeignet, wird mit einer Geldstrafe bis zu einer Freiheitsstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer als Gewerbetreibender des Staates Los Santos gegen die zu entrichtenden Gebühren gemäß § 3 Gebührenverordnung verstößt, der Staatskasse so finanziellen Schaden zufügt, wird mit einer Geldstrafe und eine Freiheitsstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §12 Raub

### **Abs. 1:** Wer mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

## §13 Betrug

### **Abs. 1:** Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt, wird mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines Gewerbes dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt, wird mit einer Haftstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Wer den Straftatbestand gemäß **§13 Abs.2** als Gewerbetreibender begeht,

### wird mit einer Haftstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 4:** Der Versuch ist strafbar.

## §14 Nötigung

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen rechtswidrig (ohne Rechtfertigungsgrund) mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

## §15 Vorteilsgewährung, Bestechung (Amtsträger)

### **Abs. 1:** Amtsträger sind alle Beschäftigten der Judikative und Exekutive.

### **Abs. 2:** Wer einem Amtsträger einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde wird mit einer Freiheitsstrafe Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Wer einem Amtsträger für die Dienstausübung einen Vorteil für diesen oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt, wird mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

## §16 Bestechlichkeit, Vorteilsannahme

### **Abs. 1:**  Ein Amtsträger, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen

### Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe und Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Ein Amtsträger, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt oder verletzen würde, wird mit einer Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

## §17 Urkundenfälschung

### **Abs. 1:** Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr eine unechte Urkunde herstellt, eine echte Urkunde verfälscht oder eine unechte oder verfälschte Urkunde gebraucht macht sich strafbar.

### **Abs. 2:** In besonders schweren Fällen liegt die Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe vor. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter:

#### **1.** gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung von Betrug oder Urkundenfälschung verbunden hat,

#### **2.** einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt,

#### 3. durch eine große Zahl von unechten oder verfälschten Urkunden die Sicherheit des Rechtsverkehrs erheblich gefährdet oder

#### **4.** seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger oder amerikanische Amtsträger missbraucht.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §18 Unterdrückung und Vernichtung von Urkunden

### **Abs. 1:** Mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Urkunde oder eine technische Aufzeichnung, welche ihm entweder überhaupt nicht oder nicht ausschließlich gehört, in der Absicht, einem anderen Nachteil zuzufügen, vernichten, beschädigen oder unterdrücken. Der Versuch ist strafbar.

## §19 Fälschung beweiserheblicher Daten

### **Abs. 1:** Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr beweiserhebliche Daten so speichert

### oder verändert, dass bei ihrer Wahrnehmung eine unechte oder verfälschte

### Urkunde vorliegen würde, oder derart gespeicherte oder veränderte Daten

### gebraucht, wird mit Freiheitsstrafe und mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

## §20 Besitz/ Handel von illegalen Gegenständen

### **Abs. 1:** Güter, welche nicht durch staatlich anerkannte Händler vertrieben werden, gelten als illegale Gegenstände. Der Besitz wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Falschgeld, welche nicht durch staatliche Banken vertrieben werden, gelten

### als illegaler Gegenstand.

### **Abs. 3:** Wer mit Gegenständen nach **§20 Abs. 1** und **2 StGB** handelt, wird mit einer Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

## §21 Bankraub

### **Abs. 1:** Der Bankraub im einfachen Fall ist der Diebstahl des Geldes, welches in Banktresoren aufbewahrt wird und rechtmäßig dem Staat, bzw. den Bürgern von Los Santos gehört. Diese Handlungen sind strafbar und werden mit einer Freiheitsstrafe und Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Ein Bankraub der nach **§21 Abs. 1** begangen wird und bei den zusätzlichen Personen bedroht werden, gilt als schwerer Bankraub und wird mit einer hohen Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §22 Terrorismus

### **Abs. 1:** Angriffe, welche um das Ziel haben die staatliche Ordnung zu schwächen, oder gar zu zerstören, gelten als Angriffe auf die staatliche Ordnung oder auch Terrorismus. Als Angriffe gelten gewaltsame Übergriffe zu Lasten der öffentlichen Ordnung und sind strafbar. Hacking oder dafür vorbereitende Handlungen gelten als Angriff im Sinne des Gesetzes.

### **Abs. 2:** Angreifer, welche derartige Angriffe ausführen, sind als Terroristen einzustufen und als Feinde des Staates zu betrachten. Personen, die als Terroristen eingestuft werden, haben jedes Recht, außer dem Recht auf einen Gerichtsprozess zur Feststellung der Bestrafung, verwirkt und sind nicht mehr als Bürger des Staates Los Santos zu betrachten. Die Festnahme eines Terroristen ist, insofern es die entsprechenden Umstände erlauben und kein Beamter dadurch gefährdet wird, der Tötung immer vorzuziehen. Die Einstufung zum Terroristen kann nur durch geltendes Recht oder durch die “Chief Judges” in Absprache mit den “Chief Prosecutors” geschehen.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §23 Hausfriedensbruch

### **Abs. 1:** Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen, in durch die Exekutive abgesperrte oder als Sperrzone deklarierte Gebiete oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2** Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt.

## §24 Rechtswidrige Beschaffung von Informationen

### **Abs. 1:** Wer sich Zugang zu, nicht für die Öffentlichkeit vorgesehenen Akten oder ähnliches, verschafft wird mit einer Freiheitsstrafe und Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer mit den nach **Abs.1** erlangten Informationen Handel betreibt, wird mit Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 3:** Der Versuch ist strafbar.

## §25 Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen

### **Abs. 1:** Wer unbefugt

#### **(1)** inländische oder ausländische Amts- oder Dienstbezeichnungen, akademische Grade, Titel oder öffentliche Würden führt,

#### **(2)** die Berufsbezeichnung Arzt, Zahnarzt, Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Psychotherapeut, Tierarzt, Apotheker, Rechtsanwalt, Patentanwalt, Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter führt,

#### **(3)** die Bezeichnung öffentlich bestellter Sachverständiger führt oder

#### **(4)** inländische oder ausländische Uniformen, Amtskleidungen oder Amtsabzeichen trägt,

#### **(5)** oder Handlungen vornimmt, welche nur die Exekutive durchführt oder zur Behinderung der Judikative beiträgt, wird mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bestraft.

## §26 Unfallflucht

### **Abs. 1:** Ein Unfallbeteiligter, der sich nach einem Unfall im Straßenverkehr vom Unfallort entfernt, bevor er zugunsten der anderen Unfallbeteiligten und der Geschädigten seine Personalien mitteilt, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar.

## §27 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr

### **Abs. 1:** Wer die Sicherheit des Straßenverkehrs dadurch beeinträchtigt, dass er

#### **1.** Anlagen oder Fahrzeuge zerstört, beschädigt oder beseitigt,

#### **2.** Hindernisse bereitet,

#### **3.** einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt, und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährden, wird mit Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

## §28 Sachbeschädigung

### **Abs. 1:** Wer rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

## §29 Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

### **Abs. 1:** Wer einen Amtsträger, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Urteilen und Gerichtsbeschlüssen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet, wird mit Freiheitsstrafe und eine Geldstrafe bestraft.

## §30 Entzug polizeilicher Maßnahmen

### **Abs. 1:** Wer einer dienstlichen Anweisung eines Amtsträgers nicht Folge leistet und sich der Maßnahme entzieht, wird mit einer Geldstrafe sowie Freiheitsstrafe bestraft.

## §31 Strafvereitelung

### **Abs. 1:** Wer absichtlich oder wissentlich ganz oder zum Teil vereitelt, dass ein anderer dem Strafgesetz gemäß wegen einer rechtswidrigen Tat bestraft wird, wird mit einer Geldstrafe sowie Freiheitsstrafe bestraft.

## §32 Meineid

### **Abs. 1:** Wer vor Gericht oder der Staatsanwaltschaft unter Eid eine falsche Aussage tätigt, wird mit Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Bei nachweislicher Falschbeantwortung einer Anfrage gemäß **§ 6** **Abs. 5** BürgVO, wird der Amtsinhaber mit einer Freiheitsstrafe sowie eine Geldstrafe bestraft.

## §33 Bedrohung

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen mit der Begehung eines gegen ihn oder eine ihm nahestehende Person gerichteten Verbrechens bedroht, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

## §34 Öffentlicher Waffengebrauch

### **Abs. 1:** Das offene Tragen von Schusswaffen ist strafbar. Die Strafe hierfür ist Geldstrafe.

### **Abs. 2:** Das Abfeuern von Schusswaffen ohne rechtfertigenden Grund ist strafbar und wird mit einer Geldstrafe und Freiheitsstrafe bestraft.

## §35 Notwehr

### **Abs. 1:** Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.

### **Abs. 2:** Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

## §36 Unterstellung/ Verleumdung

### **Abs. 1:** Wer einem Zivilisten oder einem Amtsträger eine getätigte oder noch tätigende, gesetzeswidrige Handlung ohne Beweismittel (§12 StPO) unterstellt oder nachsagt, wird mit einer Geldstrafe sowie Freiheitsstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer sich nach **Abs. 1** strafbar macht, um eine Strafmilderung für ein begangenes Vergehen zu erlangen, wird mit Bußgeld und Freiheitsentzug bestraft.

### **Abs. 3:** Ausnahme von **Abs.1** bilden alle Amtsträger der Exekutive, sowie Judikative, welche eine Unterstellung tätigen dürfen, sobald ein Verdachtsmoment gegenüber einem Straftäter/ mehreren Straftätern vorliegt.

## §37 Besitz/ Handel von/mit staatlichem Eigentum

### **Abs. 1:** Der Besitz von staatlichen Gütern, mit der keine potenzielle Gefahr gegeben ist, sind verboten und wird mit einem Bußgeld, sowie einer Freiheitsstrafe bestraft. Als staatliches Eigentum gelten alle Güter, die von den Behörden von Los Santos exklusiv erworben werden können.

### **Abs. 2:** Der Besitz von staatlichen Gütern, mit denen eine Gefahrenlage erzeugt werden kann, ist verboten und wird mit einem Bußgeld sowie insgesamt Freiheitsentzug bestraft. Als staatliches Eigentum gelten alle Güter, die von den Behörden von Los Santos exklusiv erworben werden können.

### **Abs. 3:** Der Handel mit staatlichem Eigentum ist verboten und wird mit einem Bußgeld und Freiheitsentzug bestraft.

### **Abs. 4:** Fundsachen, welche den staatlichen Behörden von Los Santos zugeordnet werden können, sind unverzüglich den Beamten der jeweiligen Behörde auszuhändigen. Sollte dies nicht erfolgen, so wird die Fundsache gemäß **§37** **Abs.1** geahndet.

## §38 Nothilfe

### **Abs. 1:** Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

## §39 Versuch

### **Abs. 1:** Eine Straftat versucht, wer nach seiner Vorstellung von der Tat unmittelbar zur Vollendung des Straftatbestandes angesetzt hat, die Tat aber noch nicht verwirklicht ist. Die Strafe eines nur versuchten Straftatbestandes ist jeweils maximal die Hälfte der normalen Strafe.

## §40 Mittäterschaft

### **Abs. 1:** Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht. Begehen mehrere die Tat gemeinsam und gemeinschaftlich, so wird jeder als Haupttäter bestraft. Die Straftaten des jeweils anderen Mittäters werden gemeinschaftlich dem anderen oder den anderen zugerechnet.

### **Abs. 2:** Wer eine Vereinigung gründet oder sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist wird im Falle einer von dieser Vereinigung verübten rechtswidrigen Tat gleich dem Täter bestraft, sofern die konkreten Tathandlungen zum überwiegenden Maße von einem gemeinschaftlichen Vorsatz getragen waren. Sofern bewiesen werden kann das diese vor Ort waren. (Ortung oder Aussagen von Geiseln oder Polizisten)

## §41 Wiederholungstäter

### Wer wiederholt durch gleiche Straftaten auffällt, wird als Wiederholungstäter angesehen. Einem Wiederholungstäter kann von einem Richter ein höheres Strafmaß als das gesetzlich festgelegte auferlegt werden. Dies kann auch über das maximale Strafmaß hinausgehen. Macht sich ein Wiederholungstäter im besonders schweren Fall strafbar, können ausschließlich die Oberstaatsanwaltschaft oder die oberste Richterschaft eine Sicherheitsverwahrung gem. § 25 Abs. 2 StPO anordnen.

## §42 Staatsgefängnis

### Eine lebenslange Haftstrafe im Staatsgefängnis von Los Santos kann ausgesprochen werden, wenn

### **Abs. 1:** ein Täter gem**. §41 StGB** keine soziale Besserung aufweist oder

### **Abs. 2:** ein Straftäter aufgrund der strafrechtlich begangenen Delikte über das Strafmaß gem. **§22 Abs. 3 StPO** hinauszuverurteilen ist.

## §43 Erpressung

### **Abs. 1:** Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt und dadurch dem Vermögen des Genötigten oder einen anderen Nachteil zufügt, um sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern, wird mit einem Bußgeld und Freiheitsstrafe bestraft.

## §44 Missbrauch von Notrufen

### **Abs. 1:** Wer absichtlich oder wissentlich Notrufe oder Notzeichen missbraucht oder vortäuscht, dass wegen eines Unglücksfalls oder wegen gemeiner Gefahr oder Not die Hilfe anderer erforderlich sei, wird mit einem Bußgeld bestraft.

### **Abs. 2:** Wer sich absichtlich oder wissentlich gemäß **§44 Abs. 1 StGB** wiederholt strafbar macht, wird mit einem Bußgeld sowie Freiheitsentzug bestraft.

## § 45 Amtspflichtverletzung StGB

### Gemäß **§ 1 Abs. 5 ÖGB** macht sich eine Person einer staatlichen Einrichtung strafbar, so ist die mit einem Bußgeld zu ahnden.

## § 46 Fürsorgepflicht

### **Abs. 1:** Wer seiner Fürsorgepflicht gemäß der Gewerbeverordnung als Gewerbetreibender und/oder Prokurist nicht nachkommt, wird mit einer Haftstrafe von 30 Monaten und einer Geldstrafe bestraft.

## § 47 Verleumdung

### **Abs. 1:** Wer in Absicht einem anderen eine nicht wahrheitsgemäße Tatsache behauptet oder verbreitet, welche als Ziel die Herabwürdigung oder Diskreditierung eines Dritten hat, wird mit einer Haftstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wenn der Straftatbestand wie in **§ 47 Abs.1 StGB** gegeben ist, als Dritte jedoch die Herabwürdigung und Diskreditierung eines Gewerbes als Beschädigten sieht, wird mit Haftstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

## § 48 Anstiftung

### **Abs. 1:** Als Anstifter wird gleich einem Täter bestraft, wer einen anderen vorsätzlich zu einer Straftat verleitet. Der Versuch ist strafbar.

## § 49 Vortäuschen einer Straftat

### **Abs. 1:** Wer wider besseres Wissen, gegenüber der Justiz oder der Polizei, Aussagen trifft, die die Annahme rechtfertigen, dass eine Straftat begangen wurde oder dass die Begehung bevorsteht wird mit Bußgeld und Freiheitsentzug bestraft.

### **Abs. 2:** Bei mehrfachen Verstößen gegen **§49 Abs.1 StGB** in Bezug auf eine schwere Straftat gegen Beamte oder Staatliche Mitarbeiter sind maximalen Bußgelder und Haftstrafen zu verhängen

## § 50 Meldepflicht für Schussverletzungen StGB

### **Abs. 1:** Wer eine Straftat wahrnimmt, welche mit den definierten Waffen gemäß **§ 1 WfG** durchgeführt wurden, ist dazu verpflichtet, diese dem Los Santos Police Departement zu melden. Erfolgt eine Meldung absichtlich nicht, wird bestraft mit und einer Haftzeit.

## §51 Besitz/ Handel mit menschlichen Körperteilen

### **Abs. 1:** Der Besitz von nachweislich menschlichen Körperteilen wird mit einer Haftstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Wer mit Gegenständen nach **§51 Abs. 1 StGB** handelt, wird mit einer

### Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

## §52 Erregung öffentlichen Ärgernisses

### **Abs. 1:** Wer öffentlich sexuelle Handlungen vornimmt und dadurch absichtlich oder wissentlich ein Ärgernis erregt, wird mit einer Haftstrafe und mit einer Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Der Versuch ist strafbar

## §53 Vorteilsgewährung/ Bestechung von staatlichen Angestellten/Vertrauenspersonen

### **Abs. 1:** Staatliche Angestellte/Vertrauenspersonen sind Mitarbeiter des Los Santos Fire Departments sowie Personen den Zugriff auf staatliche, nicht öffentlich zugängliche Informationen haben.

### **Abs. 2:** Wer einer Person nach **§53** **Abs. 1** einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehmen und dadurch seine Pflicht verletzt hat oder verletzen würde wird mit einer Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

## §54 Vorteilsnahme/ Bestechlichkeit (staatliche Angestellte/Vertrauenspersonen)

### **Abs. 1:** Eine Person nach **§53** **Abs. 1**, die für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe und Geldstrafe bestraft.

### **Abs. 2:** Eine Person nach **§53** **Abs. 1**, die einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und zusätzlich dadurch seine Pflichten verletzt oder verletzen würde, wird mit einer Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe bestraft.

## §55 Missbrauch von Sport Gegenständen und Werkzeug

### **Abs. 1:** Wer Sportgegenstände oder Werkzeug für Straftaten nutzt, wird mit einer Geldstrafe bestraft.

# Strafprozessordnung (StPO)

## §1 Eröffnung des Verfahrens

### Die Staatsanwaltschaft hat gegen Ende des Ermittlungsverfahrens die Aktenausgewertet und entschieden, welche Tathandlungen und damit Straftaten sie dem Angeschuldigten zur Last legen will. Dies formuliert sie in der Anklageschrift und übersendet diese mit den kompletten Akten und dem Antrag, das Hauptverfahren zu eröffnen, an das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft zuständige Gericht.

## §2 Verbindung und Trennung von Strafsachen

### Straftatbestände, die nicht zu einer Strafsache gehören, können nach gerichtlicher Anordnung in ein aktuelles, offenes Verfahren mit eingebunden werden.

## §3 Entscheidung über gerichtliches Verfahren

### Wenn das Gericht zu der Auffassung gelangt, dass der Angeschuldigte hinreichend verdächtig ist, die ihm zur Last gelegte Tat rechtswidrig und schuldhaft begangen zu haben, beschließt es die Eröffnung des Hauptverfahrens.

## §4 Eröffnung des Gerichtsverfahrens

### **Abs. 1:** Nach Eröffnung des gerichtlichen Verfahrens wird die Staatsanwaltschaft, der beschuldigte Bürger sowie der Verteidiger des Beschuldigten in einem förmlichen Beschluss (Vorladung) über das eröffnete Gerichtsverfahren in Kenntnis gesetzt.

### **Abs. 2:** Mit einer ausreichenden Fristsetzung durch den vorsitzenden Richter ist zu gewährleisten, dass beide Streitparteien sich ausreichend auf die gerichtliche Verhandlung vorbereiten können.

### **Abs. 3:** Auf Antrag einer der Parteien oder der Parteienvertreter kann der Richter bei Vorliegen begründeter Entschuldigungsgründe einen neuen Hauptverhandlungstermin bestimmen. Bei unentschuldigtem Fehlen einer der Parteien findet die Gerichtsverhandlung ohne diese Person statt. Dies gilt ebenso für den Angeklagten. Hinsichtlich der Vollstreckung der gegebenenfalls ausgesprochenen Strafe ist durch den erkennenden Richter ein entsprechender Haftbefehl zu erlassen und einen Personeneintrag vorzunehmen.

### **Abs. 4:** Beweismittel können von beiden Parteien bis zum Beginn der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung eingereicht werden. Über die Zulassung eines kurzfristig (weniger als 24 Stunden vor Beginn der Hauptverhandlung) eingereichten Beweismittels entscheidet der vorsitzende Richter. Er hat die Bedeutung des Beweismittels für den Verlauf der Verhandlung einzuschätzen und darüber zu entscheiden. Wird ein Beweismittel erst kurz vor der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung zugelassen, ist auf Antrag einer der beiden Streitparteien die Hauptverhandlung zu verschieben, damit das Beweismittel gesichtet und sich darauf vorbereitet werden kann.

## §5 Beginn der Gerichtsverhandlung

### **Abs. 1:** Durch den Richter werden die aktiven Verhandlungspartner mittels Vor- und Zunamen vorgestellt. Dazu gehört der vorsitzende Richter, der klagende Staatsanwalt, sowie der Verteidiger des Beschuldigten.

### **Abs. 2:** Als Abschluss wird der Vor- und Zuname des Beschuldigten verlesen.

## §6 Haupt-Gerichtsverhandlung

### **Abs. 1:** Zu Beginn der Haupt-Gerichtsverhandlung wird durch den Klageführer die Anklageschrift verkündet. Zu dieser gehören die Anklagepunkte, die dazugehörigen Paragrafen und der zugrundeliegende Sachverhalt. Einsprüche zur Klageschrift sind unter keinen Umständen gestattet.

### **Abs. 2:** Daraufhin hat sich der Angeklagten bzw. dessen Verteidiger zu den Anklagepunkten zu erklären mitschuldig, teil schuldig oder unschuldig. Anschließend steht es dem Angeklagten oder dessen Verteidiger frei, eine Einlassung zu den Anklagepunkten abzugeben. Nach dieser besteht ein Fragerecht des Richters und des Klageführers.

### **Abs. 3:** Nach Ausübung des Fragerechts eröffnet der Richter die Beweisaufnahme. Im Rahmen der Beweisaufnahme werden die Beweismittel gesichtet und die Zeugen gehört. Die Zeugen sind vor der Anhörung entsprechend § 8 StPO belehrt. Anschließend werden die Zeugen in der nachfolgenden Reihenfolge angehört: Richter, Staatsanwaltschaft, Verteidigung. Die Zeugen sind vor ihrer Anhörung über die Wahrheitspflicht und die Folgen einer Falschaussage zu belehren.

### **Abs. 4:** Nach Befragung aller Zeugen und vollständiger Beweisaufnahme, schließt der vorsitzende Richter die Beweisaufnahme sowie die Zeugenbefragungen.

### **Abs. 5:** Daraufhin gibt der vorsitzende Richter die Abschlussplädoyers des Staatsanwaltes und des Verteidigers frei.

### **Abs. 6:** Das Recht auf das letzte gesprochene Wort der Gerichtsverhandlung steht dem Angeklagten zu. Dieses Recht auf das letzte Wort kann der Angeklagte ausschlagen.

### **Abs. 7:** Die Verhandlung wird zur Urteilsfindung durch den Richter unterbrochen. Nachdem der Richter sein Urteil gefunden hat, eröffnet er die Verhandlung neu und verkündet das Urteil. Richter haben die Verfahrensbeteiligten darüber zu belehren, dass gegen ihr Urteil binnen einer Frist von 3 Tagen schriftlich Berufung eingelegt werden kann.

## §7 Berufung

### **Abs. 1:** Gegen das Urteil eines Richters (mit Ausnahme der Oberstaatsanwaltschaft/obersten Richterschaft) ist die Berufung möglich.

### **Abs. 2:**  Der Antrag auf Berufung ist schriftlich zu fertigen und binnen 24 Stunden nach dem erstinstanzlichen Urteil bei einem obersten Richter einzureichen.

### **Abs. 3:** Eine Berufungsschrift ist anzufertigen, der die Berufung entsprechend begründet und binnen 3 Tagen nach Eingang des Antrages auf Berufung beim obersten Richter einzureichen.

### **Abs. 4:** Berufungsverfahren sind ausschließlich von dem kontaktierten obersten Richter zu leiten.

### **Abs. 5:** Die Berufung kann nur darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Rechtsverletzung beruht oder zugrunde zu legenden Tatsachen eine andere Entscheidung rechtfertigen.

### **Abs.6:** Die verurteilte Partei wird, bis zum Eingang einer entsprechenden Berufungsschrift, im Zuge des zu vollstreckenden Urteils bei einer Haftstrafe von 60 oder mehr Monaten in Sicherheitsverwahrung genommen. Das zu zahlendes Bußgeld wird auf die zu vollstreckende Haftstrafe addiert.

### **Abs. 7:** Die Berufungsschrift und die Berufungsbegründung sind der Gegenpartei zuzustellen.

### **Abs. 8:** Die obersten Richter entscheiden, ob die Berufung zugelassen oder zurückgewiesen wird. Der Berufungsführer wird von dem obersten Richter über die Entscheidung informiert.

## §7a Berufungsverfahren

### **Abs.1:** Zu Beginn der Haupt-Gerichtsverhandlung im Berufungsverfahren wird durch den vorsitzenden Richter die zugrunde gelegte Anklageschrift und das angefochtene Urteil verlesen.

### **Abs. 2:** Sodann verkündet der Berufungsführer die Berufungsschrift. Zu dieser gehören die Anträge, die zugrundeliegenden Paragrafen und der zugrundeliegende Sachverhalt. Hat der Berufungsgegner ebenfalls Berufung eingelegt, verkündet auch dieser seine Berufungsschrift.

### **Abs. 3:** Daraufhin erfolgt die Beweisaufnahme gem. §6 Abs. 3 StPO, welche dann gem. §6 Abs. 4 StPO geschlossen wird.

### **Abs. 4:**  Im Anschluss an die Beweisaufnahme gibt der vorsitzende Richter die Abschlussplädoyers der Streitparteien frei. Der Berufungsführer beginnt hierbei.

### **Abs. 5:** Die Verhandlung wird zur Urteilsfindung durch den vorsitzenden Richter unterbrochen. Anschließend verkündet dieser sein Urteil in Form der Verwerfung der Berufung oder das Aufheben des erstinstanzlichen Urteils.

### **Abs. 6:** Ein Berufungsverfahren muss im 4-wöchigen Abstand zur Hauptverhandlung abgehandelt werden. Sollte dies nicht stattfinden können, so ist es dem Obersten Richter gestattet aufgrund der vorliegenden Aktenlage eine Entscheidung zu treffen.

## §8 Eidesformel

### Durch jeden Zeugen in der Gerichtsverhandlung kann vor seiner Zeugenaussage ein Eid abgelegt werden. Dies entscheidet nach Ermessen der zuständige Richter. Der Eid lautet wie folgt: „Ich schwöre, dass ich in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen einer Falschaussage die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nicht als die Wahrheit äußern werde.“

## §9 Strafvollstreckung

### Auf die zu vollstreckende Freiheitsstrafe kann die Untersuchungshaft angerechnet werden, die der Angeklagte verbüßt hat. Die Entscheidung der Anrechnung obliegt dem Richter.

## §10 Befangenheit

### **Abs. 1:** Befangenheit ist nach der gesetzlichen Definition ein Grund, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters (der anderen Verfahrensbeteiligten) zu rechtfertigen.

### **Abs. 2:** Auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten (Befangenheitsantrag) ist die Gerichtsverhandlung zu unterbrechen, bis ein nicht beteiligter Richter über den Antrag entschieden hat. Der Befangenheitsantrag ist mit ausreichend Gründen und Beweisen in Schriftform zu fertigen und dem Richter auszuhändigen. Der Befangenheitsantrag wird sodann geprüft und beschieden. Wenn dem Antrag stattgegeben wird, wird die Verhandlung mit einem neuen Richter fortgesetzt.

## §11 Zwangsgelder

### **Abs. 1:** Bei Nichtwahrung der vorstehenden Vorschriften, bei Missachtung des Gerichts oder bei nicht angemessenem Verhalten während einer Verhandlung kann der Richter dem Störer ein Zwangsgeld auferlegen. Das Zwangsgeld wird in Stufen aufgeteilt.

### **Abs. 2:** Wer ohne Grund vom Gericht trotz Vorladung fernbleibt, kann vom Richter ein Zwangsgeld auferlegt bekommen. Das Zwangsgeld wird in Stufen aufgeteilt.

## §12 Beweismittel

### **Abs. 1:** Als Beweismittel vor Gericht sind ausschließlich Aussagen, entweder schriftlich oder mündlich in einer Verhandlung, zulässig.

### **Abs. 2:** Zudem sind amtliche Dokumente oder andere Beweismittel, die sich aus diesem oder anderen Gesetzen ergeben als Beweismittel zugelassen

## §13 Einstellung gegen Auflage

### **Abs. 1:** Die Staatsanwaltschaft kann ein Strafverfahren gegen einen Beschuldigten gegen

### Auflage einstellen, wenn die dem Beschuldigten vorgeworfenen Straftaten in Addition

### der Höchststrafen nicht höher sind als 20 Monate Freiheitsstrafe und 10.000 $ Geldstrafe.

### **Abs. 2:** Die Festlegung der Auflage obliegt dem freien Ermessen der Staatsanwaltschaft. Die Verhängung einer Freiheitsstrafe ist ausgeschlossen. Als Auflagen kommen eine Geldstrafe sowie Sozialstunden in Betracht.

## §14 Adhäsionsverfahren

### Das Opfer einer Straftat kann dem strafrechtlichen Verfahren gegen den Angeschuldigten als Nebenkläger beitreten. Es besteht für diese Verfahrensweise Anwaltszwang. Der Anwalt kann vor der Eröffnung des Verfahrens in Schriftform oder während des Strafverfahrens eigene Anträge auf Zahlung von Schmerzensgeld oder Schadensersatz stellen. Diese Anträge sind nach der Anklageverlesung zu wiederholen und unter Vorlage von Beweisen zu begründen. Der Anwalt als Nebenkläger hat ein eigenes Fragerecht und die Möglichkeit, eins eigenen Plädoyers zu halten. Der Richter hat sodann über die gestellten Anträge zu entscheiden die Entscheidung ins Urteil aufzunehmen. Die Wiederholung des Adhäsionsanträge durch die Anwälte (vor der Beweisaufnahme) ist zwingend. Andernfalls gelten die Anträge als nicht gestellt.

## §15 Haftgründe

### Ein Haftgrund besteht, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen

### **Abs. 1:** festgestellt wird, dass der Beschuldigte flüchtig ist oder sich verborgen hält (Fluchtgefahr),

### **Abs. 2:** das Verhalten des Beschuldigten den Verdacht begründet, er werde Beweismittel vernichten, verändern oder beiseiteschaffen und dadurch die Gefahr besteht, dass die Ermittlungen erschwert werden (Verdunkelungsgefahr),

### **Abs. 3:** der Beschuldigte verdächtig ist, eine Straftat wiederholt und fortgesetzt begangen zu haben und bestimmte Tatsachen die Gefahr begründen, dass er vor der Verurteilung weitere erhebliche Straftaten begehen oder die Straftat fortsetzen werden (Wiederholungsgefahr).

## §16 Haftbefehl

### Auf Antrag der Staatsanwaltschaft prüft der zuständige Haftrichter die Ermittlungsergebnisse und ist berechtigt, gegen den Beschuldigten einen Haftbefehl zu erlassen. In dem Haftbefehl sind aufzuführen:

**(1)** der Beschuldigte

**(2)** die anzuwendenden Strafvorschriften

**(3)** der Haftgrund

### Die Polizeibehörden haben den Haftbefehl zu vollstrecken und den Beschuldigten bei Antreffen in Haft zu nehmen und unverzüglich der Justiz vorzustellen.

## §17 Beugehaft

### Der Justiz ist es gestattet, einen rechtskräftig verurteilten bei Vorliegen der nachfolgenden Voraussetzungen bis zur Bezahlung der Geldstrafe in Beugehaft zu nehmen:

### **1.** Geldmittel zur Bezahlung der Geldstrafe ist auf dem Konto oder an der Person vorhanden

### **2.** Verurteilter weigert sich zwei Mal, die Rechnung zu bezahlen

## §18 Untersuchungshaft

### **Abs. 1:** Beschuldigte in einem Strafverfahren können bei Straftaten ab einer Gesamtfreiheitsstrafe von 20 Monaten bis zu 60 Monate in Untersuchungshaft genommen werden.

### **Abs. 2:**  Der Beschuldigte kann in erweiterte Untersuchungshaft (Sicherheitsverwahrung bis zur Verhandlung) genommen werden, wenn ein überdurchschnittliches Strafmaß gem. § 22 Abs. 3 StPO zu erwarten ist und/oder es gem. §10 PolG erforderlich ist, den Beschuldigten bis zu seiner Verhandlung in Gewahrsam zu nehmen.

## §19 Vorläufige Festnahme

### Wird jemand auf frischer Tat betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Identität nicht sofort festgestellt werden kann, jedermann befugt, ihn auch ohne richterliche Anordnung vorläufig festzuhalten.

## §20 Akteneinsicht

### Anwälten können sich durch Vorlage einer Vollmacht für einen Mandanten legitimieren und Akteneinsicht beantragen. Die Akteneinsicht ist grundsätzlich zu gewähren. Eine Ausnahme gilt, wenn durch die Akteneinsicht Ermittlungen gefährdet werden.

## §21 Durchsuchungsbeschluss

### Auf Antrag erlässt ein Richter bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 11 PolG einen Durchsuchungsbeschluss für einzelne Personen, Personengruppen und Eigentum wie Grundbesitz und Garagen.

## §22 Strafausmaß

### **(1)** Unterdurchschnittliches Strafmaß → Straftaten (insg.) < 15 HE

### **(2)** Durchschnittliches Strafmaß → Straftaten (insg.) =35 HE

### **(3)** Überdurchschnittliches Strafmaß → Straftaten (insg.) >60 HE

### **(4)** Bei respektlosem oder ehrverletzendem Verhalten kann ein höheres Strafmaß durch die Führungskräfte des Los Santos Police Department oder durch das Department of Justice ausgesprochen werden.

## §23 Pfändung

### **Abs. 1:** Kann ein Angeklagter sein Bußgeld nicht bezahlen, aber er besitzt Sachgegenstände, die das Strafgeld abdecken können, kann ein Polizist oder Mitarbeiter der Justiz eine Pfändung veranlassen, um das Strafgeld abzudecken.

### **Abs. 2:** Bis zur Zahlung des Startgeldes verbleit der Sachgegenstand in Verwahrung der Polizei.

### **Abs. 3:** §6 Abs.1 ÖGB ist einzuhalten.

## §24 Verjährungsfrist

### **Abs. 1:** Die Anklagepunkte gegen einen Straftäter werden fallen gelassen, sobald

### innerhalb von 4 Wochen entweder die Straftaten nicht nachgewiesen werden können, oder die Verhandlung des Angeklagten nicht stattfindet.

### **Abs. 2:** Eine Ausnahme für §24 StPO findet statt durch §42 StGB und §18 StPO und

### §16 stopp

### **Abs. 3:** Einträge im Polizeisystem sind nachgewiesene Straftaten und fallen nicht unter §24 StPO.

## §25 Sicherheitsverwahrung

### **Abs. 1:** Sicherheitsverwahrung ist unter anderem die Verwahrung von Beschuldigten bis zu ihrer Verhandlung oder die Verwahrung von verurteilten Straftätern über das Höchststrafmaß gem. §22 Abs. 3 StPO hinaus. Die Unterbringung von Beschuldigten, die in Sicherheitsverwahrung genommen werden, erfolgt im Staatsgefängnis.

### **Abs. 2:** Eine lebenslange Sicherheitsverwahrung kann nur durch die leitende Oberstaatsanwaltschaft oder der leitenden obersten Richterschaft ausgesprochen werden.

## §26 Wiedereingliederung / Begnadigung

### Auf Antrag des Straftäters oder seines Verteidigers kann dieser begnadigt werden. Die Gründe für die Begnadigung sind der Begnadigung Stelle, der obersten Richterschaft mitzuteilen. Diese entscheidet nach freiem Ermessen über die Begnadigung und die anschließende Wiedereingliederung.

## §27 Geschworenengericht

### **Abs. 1:** Bei Mord in besonders schweren Fall muss es vor einem Geschworenengericht verurteilt werden.

### **Abs. 2:** Für die Beteiligung oder Beihilfe bei einem Mord in besonders schweren Fall muss es vor einem Geschworenengericht verurteilt werden.

### **Abs. 3:** Das Geschworenengericht wird für das Amtsenthebungsverfahren gegen den Bürgermeister berufen. Sollte dieses dem Amtsenthebungsverfahren zustimmen, so ist dieses berechtigt, einen Nachfolger oder Gremium zu ernennen.

# Bürgermeister Verordnung (BürgVO)

## § 1 Amt des Bürgermeisters

### **Abs. 1:** Das Amt des Bürgermeisters des Staates San Andreas kann nur durch eine private, rechtliche Person, welche das 18.te Lebensjahr vollendet hat und durch eine freie, geheime und direkte Wahl durch die Bürger des Staates Los Santos gewählt werden.

### **Abs. 2:** Alle Bürger, welche die Volljährigkeit erreicht haben, dürfen aktiv sich an der Wahl beteiligen.

### **Abs. 3:** Die Amtszeit des Bürgermeisters beträgt 60 Tage und kann durch eine erneute Kandidatur maximal um drei weitere Amtszeit verlängert werden. Er kann wieder gewählt werden nach 60 Tagen Amtspause.

## § 2 Kandidierungsphase

### **Abs. 1:** Die Wahl zum Amt des Bürgermeisters beginnt durch eine

### Kandidierungsphase, welche 3 Tage dauert und beginnt in letzte Woche der Amtszeit des aktuell gewählten Bürgermeisters an.

### **Abs. 2:** Nur Personen, welche sich in der Kandidierende Phase in der Wahlliste eingetragen haben und die Anmeldegebühr hinterlegt haben, sind wählbar.

### **Abs. 3:** Die Gebühren für eine Kandidierung betragen $5.000.

### **Abs. 4:** In dieser Zeit ist es den aufgestellten Kandidaten gestattet, öffentliche Auftritte abzuhalten, um sein Programm vorzustellen.

### **Abs. 5:** Sollte es zu Sicherheitsbedenken nach Einschätzung des Rockford Police Departments kommen, so ist es dieser gestattet, die Veranstaltung ohne Nennung von Gründen aufzulösen.

### **Abs. 6:** Die Presse des Staates San Andreas ist angehalten, in dieser Zeit über die Kandidaten neutral und informativ zu berichten.

## § 3 Wahlgrundsätze, Wahlsystem

### **Abs. 1:** Die Wahl ist allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Sollte hiergegen nachweislich verstoßen worden sein, so macht sich der dadurch positiv beeinflusste Kandidat §16 StGB strafbar.

### **Abs. 2:** Die Wahlräume befinden sich in den Städten Los Santos, Sandy Shores und Paleto Bay.

### **Abs. 3:** Der Wahlzeitraum beträgt 3 Tage und folgt direkt der Kandidierungsphase.

### **Abs. 4:** Die Bürgermeisterwahl wird als Mehrheitswahl durchgeführt.

### **Abs. 5:** Jede wahlberechtigte Person hat für die Wahl die Direktwahl eine Stimme.

### **Abs. 6:** Jede wahlberechtigte Person darf an der gleichen Wahl nur einmal und nur persönlich teilnehmen.

### **Abs. 7:** Das Ergebnis der Wahl wird unaufgefordert, in den Wahlräumen als öffentlichen Aushang zur Verfügung gestellt.

### **Abs. 8:** Die Wahl des Volkes ist unanfechtbar

## § 4 Amtseinführung, Amtsdauer, Übergangsphase

### **Abs. 1:** Die Amtseinführung erfolgt in Absprache mit dem amtierenden und neu gewählten Bürgermeister nach erfolgreicher Wahl eines Kandidaten. Offiziell darf der gewählte Kandidat den Titel “Bürgermeister” bis zur Beendigung der Amtszeit tragen.

### **Abs. 2:** Die Amtseinführung muss innerhalb von einem Tag umgesetzt sein und kann öffentlich vollzogen werden.

### **Abs. 3:** Die Amtsdauer beträgt 28 Tage.

### **Abs. 4:** Die Übergangsphase zur neuen Kandidierungsphase beträgt 12 Stunden.

## § 5 Räumlichkeiten des Bürgermeisters

### Dem amtierenden Bürgermeister steht während seiner Amtszeit das Bürgermeisterbüro des Staates Los Santos zur Verfügung.

## § 6 Rechte als Bürgermeister des Staates Los Santos

### **Abs. 1:** Als Bürgermeister des Staates Los Santos obliegt es diesem, sein Programm gemäß Kandidierungsphase umzusetzen.

### **Abs. 2:** Der Bürgermeister ist berechtigt, die Mehrwertsteuer des Staates anzupassen. Diese wird durch die Einrichtungen und öffentlichen, legalen Geschäfte direkt abgerechnet und der Staatsbank zugeführt.

### **Abs. 3:** Das Amt des Bürgermeisters ist berechtigt zusammen mit dem Forschungsinstitut des Staates Los Santos, die Prozesse zu verbessern, beziehungsweise Sozialeinrichtungen des Landes finanziell zu unterstützen, um positive Effekte für die Bürger des Staates Los Santos zu erzielen.

### **Abs. 4:** Die finanziellen Mittel für die veranschlagten Forschungen darf der Bürgermeister aus der Staatskasse entnehmen. Dies obliegt gemäß **§ 7 Abs. 2**

## § 7 Pflichten als Bürgermeister

### **Abs. 1:** Der Bürgermeister obliegt einer Dokumentationspflicht, Meldepflicht und Sorgfaltspflicht.

### **Abs. 2:** Die Dokumentationspflicht und Meldepflicht beinhaltet, dass der Bürgermeister gemäß **§ 9 BürgVO** sich dem Department of Justice Los Santos zu offenbaren, für welche Forschungen das Amt des Bürgermeisters welche finanziellen Mittel aus der Staatskasse entnommen hat. Sollte der Bürgermeister sich dieser Maßnahme entziehen, so ist der Bürgermeister gemäß **§ 13 StGB** strafrechtlich zu verfolgen.

### **Abs. 3:** Der Bürgermeister ist jedem Bürger, welcher eine öffentliche Anfrage stellt, verpflichtet diese wahrheitsgemäß zu beantworten.

### **Abs. 4:** Sollte er diesem nicht nachkommen oder wissentlich falsche Angaben machen, so ist er gemäß **§32 StGB** strafrechtlich zu verfolgen.

### **Abs. 5:** Der aktuell gewählte Bürgermeister ist verpflichtet, sein Amt federführend auch nach § 11 auszuüben.

### **Abs. 6:** Sollte ein Amtsenthebungsverfahren positiv ausgeführt worden, so wird der abgesetzte Amtsinhaber den neu ernannten Bürgermeister oder das Gremium in den erforderlichen Belangen unterstützen und Weisungen dieser umsetzen.

### **Abs. 7:** Der Bürgermeister muss sich aufgrund seiner Vorbildfunktion an geltende Gesetze halten. Sollte er dennoch während seiner Amtszeit Straffällig werden, so ist seitens des Departments of Justice ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten.

## § 8 Sicherheit / Schutz des Bürgermeisters

### **Abs. 1:** Dem Bürgermeister ist es nach Bedarf gestattet, zum Schutz seiner Person und zur Sicherstellung seiner Arbeit Mitarbeiter des Los Santos Police Departments und/oder des National Institute of Correction anzufordern. Dies erfolgt über den ranghöchsten Mitarbeiter der jeweiligen staatlichen Einrichtung und muss durch die Leitung des Los Santos Police Department und dem Department of Justice abgesegnet werden.

## § 9 Kontrollfunktion seitens Department of Justice

### **Abs. 1:** Das Amt des Bürgermeisters unterliegt der Kontrolle des Department of Justice.

### **Abs. 2:** Dem Leiter des Department of Justice obliegt die Aufgabe, den Bürgermeister des Staates Los Santos einzuberufen, um die Rechtmäßigkeit der Arbeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu rügen.

## § 10 Misstrauensantrag

### **Abs. 1:** Ein Misstrauensantrag kann von jedem Bürger des Staates Los Santos an den einzelnen Wahllokalen in Los Santos, Sandy Shores und Paleto Bay gestellt werden. Dabei wird zwischen einem konstruktiven und destruktiven Misstrauensantrag entschieden.

### **Abs. 2:** Bei einem konstruktiven Misstrauensantrag wird ein Gegenkandidat namentlich vorgeschlagen. Ein destruktiver Misstrauensantrag zieht nach erfolgreicher Amtsenthebung gemäß §11 BürgVO eine Ernennung eines neuen Bürgermeisters oder Gremiums gemäß § 27 Abs. 3 StPo.

### **Abs. 3:** Der Antragsteller muss einen schriftlichen Antrag zur Amtsenthebung zusammen mit dem Department of Justice erstellen, aus dem ersichtlich wird, welche Faktoren aus Sicht des Antragstellers den Bürgermeister in Ausübung seiner Aufgabe hindern.

### **Abs. 4:** Der Missbrauch ist strafbar.

### **Abs. 5:** Misstrauensanträge werden durch die Staatsanwaltschaft des Department of Justice geprüft, wenn notwendig Ermittlungen gegen den amtierenden Bürgermeister in Absprache mit dem RPD eingeleitet.

## § 11 Amtsenthebungsverfahrens

### **Abs. 1:** Leitet die Staatsanwaltschaft einen Misstrauensantrag an einen Obersten Richter weiter eröffnet dieser ein Amtsenthebungsverfahren im Rahmen eines Strafprozesses mit Geschworenengericht gemäß § 27 StPO.

### **Abs. 2:** Ein Amtsenthebungsverfahren kann nur eingeleitet werden, wenn nachweislich gegen den Amtsträger ein Straftatbestand vorliegt, welcher seine Fähigkeiten zur Amtsführung beschränkt oder aber die Glaubwürdigkeit des Amtsträgers negativ beeinflusst.

### **Abs. 3:** Die Leitung des Geschworenengerichts übernimmt der Oberste Richter, die Anklage wird geführt durch den Oberstaatsanwalt.

### **Abs. 4:** Wird der amtierende Bürgermeister im Strafprozess vom Geschworenengericht für schuldig gesprochen, so ist er des Amtes enthoben und muss gemäß § 7 Abs. 5 seiner Pflicht nachkommen.

### **Abs. 5:** Je nachdem ob ein konstruktiver oder destruktiver Misstrauensantrag zu Grunde liegt, wird ein neuer Bürgermeister vom Obersten Richter ernannt

## § 12 Begnadigungsparagraf

### **Abs. 1:** Am Ende der Amtszeit obliegt dem Bürgermeister des Staates San Andreas die Möglichkeit, einem Richter des Department of Justice einen Antrag auf Begnadigung drei straffällig gewordener Bürger des Staates Los Santos zu überreichen.

### **Abs. 2:** Den begnadigten Bürgern müssen offene Fälle beim Department of Justice und/oder dem Rockford Police Department vorliegen.

### **Abs. 3:** Unter den offenen Fällen dürfen keine Straftatbestände gemäß §8 StGB (Mord), §5 StGB (Geiselnahme) und §12 StGB (Raub) vorliegen.

### **Abs. 4:** Dem Bürgermeister obliegt es nicht, sich selbst oder andere Amtsträger zu begnadigen.

### **Abs. 5:** Der Antrag des Bürgermeisters muss schriftlich erfolgen, in welchem Umfang die Begnadigung erfolgt und welche Gründe zur Begnadigung des Bürgers vorliegen.

### **Abs. 6:** Der Antrag muss innerhalb der Amtszeit des Bürgermeisters entschieden werden.

### **Abs. 7:** Die Prüfung erfolgt durch mindestens einen Obersten Richter des Department of Justice und zwei leitenden Amtsträgern des Los Santos Police Departments, im weiteren Zusammenhang als Gremium bezeichnet.

### **Abs. 8:** Zur Vervollständigung der Prüfung muss der ermittelnde Staatsanwalt und der mit dem Straftatbestand involvierte Angestellte des Los Santos Police Department kontaktiert und gehört werden.

### **Abs. 9:** Dem Bürgermeister ist es gestattet, an der Prüfung als Befürworter teilzunehmen.

### **Abs. 10:** Gestattet das Gremium den Antrag, so ist die begnadigte Person unverzüglich zu informieren. Die Akten des Sachverhalts im Department of Justice und Rockford Police Department zu schließen mit Vermerk auf den Antrag gemäß § 12 Abs. 1.

### **Abs. 11:** Eine erneute Begnadigung des Bürgermeisters derselben Person ist erst nach Vervollständigung zwei weiterer Amtszeiten des Bürgermeisters des Staates Los Santos möglich.